Freiheit wählen

*heißt, die**Basis** wählen!*

Zeitung zur Bundestagswahl am 26.09.21

Platz 15 auf dem Stimmzettel
Erst- und Zweitstimme für echte Demokratie

Hierfür setzen wir uns ein:

die**Basis** steht fest auf dem Boden des Grundgesetzes und setzt sich für die effektive Wahrung der Grundrechte ein. Diese müssen auch in Krisenzeiten gelten. Von jeder Form extremistischer Bestrebungen, welche die freiheitlich-demokratische Grundordnung untergraben, grenzen wir uns eindeutig und entschieden ab.

Strikte Gewaltenteilung:
die**Basis** steht für die Begrenzung von Macht und fordert die klare Trennung zwischen den drei Gewalten Judikative, Legislative und Exekutive. Vertreter der drei Gewalten müssen basisdemokratisch legitimiert und kontrolliert sein.

Offene und freie Medienlandschaft:
die**Basis** steht für eine zensurfreie und demokratisch legitimierte Medienlandschaft, die umfassend, kritisch sowie unabhängig informiert. Nur gut informierte Bürger können fundierte Entscheidungen treffen.

Freie und unabhängige Wissenschaft:
die**Basis** fordert für unsere Hochschulen einen freien und unabhängigen Lehrbetrieb, umfänglich finanziert aus öffentlicher Hand. Modern und zeitgemäß ausgestattet, mit demokratischer Selbstverwaltung und Forschungseinrichtungen, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Wissenschaft kann sich nur in einem freien, kontroversen Diskurs entfalten. *KCC*

Freiheit | Machtbegrenzung | Achtsamkeit | Schwarmintelligenz

Für echte Meinungsfreiheit

Die freie Meinungsbildung und Meinungsäußerung muss wieder sichergestellt sein. Ja, jeder kann auch heute seine Meinung äußern, doch Meinungen, die den Vorgaben der Regierung widersprechen oder diese kritisieren werden medial niedergemacht. Selbst die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten lassen sich hier instrumentalisieren. Repressalien folgen nahezu regelmäßig im blinden Gehorsam.

Selbstzensur, Angst zur „freien“ Meinungsäußerung, als auch Schweigen zu Missständen sind die Folge. die**Basis** sagt NEIN zu solch einer gesellschaftlichen Kultur. Basisdemokratie bedeutet: Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden über Lösungswege, die in basisdemokratischen Prozessen erarbeitet wurden. Sie wählen Lösungen, die aus ihrer Mitte entwickelt wurden – von Menschen für Menschen gemacht. Solche Entscheidungen sind wirklich demokratisch. Sie dienen dem Ganzen, sind nachhaltig und zukunftsfähig.
Basisdemokratie bedeutet damit auch das Ende der Klientelpolitik, das Ende von Lobbyismus, das Ende einer Politik von oben nach unten und das Ende der reaktiven Politik der letzten Jahre. Wir, also alle Bürgerinnen und Bürger, sind beteiligt an den Lösungen für die Zukunft.

die**Basis** fordert unabhängige Expertenkommissionen, in denen Expertinnen und Experten unterschiedlicher Denkrichtungen öffentlich gehört und alle Meinungen ergebnisoffen in Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden. Ferner braucht dieses Land eine freie, kritische und unabhängige Medienlandschaft. Besonders die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind hier in der Verantwortung. Da Bürger finanziert ...! *Kerry Charles Cherki*

Bürgerbeteiligung, Volksentscheid, Basisdemokratie

Gegen Bevormundung und für unabdingbare Grundrechte!

Politik und Wirtschaft haben den Menschen zu dienen.

Höchste Zeit: für eine Politik, in der die Bevölkerung auch nach den Wahlen mitredet und gefragt wird.

Wir sind die neue politische Kraft in Sachsen und Deutschland.

die**Basis**

Basisdemokratische Partei Deutschland
Landesverband Sachsen

Unser Spitzenkandidat Dr. Heinritz-Bechtel (Foto: privat)

Liebe Mitbürger,

kennen Sie auch das Gefühl, dass die Politik Ihre Sorgen und Wünsche nicht wahrnimmt und die Regierenden den Bezug zum Bürger schon lange verloren haben? Und dann sind wieder Bundestagswahlen und Sie gehen nicht wählen, weil es niemanden gibt, von dem Sie glauben, dass er oder sie Ihre Interessen vier Jahre lang vertreten wird. Damit geben Sie indirekt den Politikern, von denen Sie nicht weiter regiert werden wollen, Ihre Stimme. Oder Sie wählen aus Protest eine vermeintliche Alternative, die sich bei näherem Hinsehen als Mogelpackung entpuppt. Oder Sie wählen die, die Sie immer schon gewählt haben, in dem Glauben, sowieso nichts ändern zu können?
Was wäre, wenn Sie die Politik in unserem Land mitgestalten könnten? Dauerhaft in allen Bereichen? Reicht es Ihnen wirklich, nur alle vier Jahre Ihre Stimme abzugeben, oder hätten Sie gerne bei allen Entscheidungen ein Mitspracherecht? Lassen Sie uns Politik gemeinsam neu denken und werden Sie Teil einer neuen Demokratie-Bewegung: denn wir alle sind die**Basis**. Die Zeiten, in denen die Politiker ohne Rücksprache und Austausch mit der Bevölkerung etwas beschließen, sind vorüber. Die derzeitige repräsentative Demokratie vertritt schon lange nicht mehr unsere Interessen und führt zur Verschärfung der gesellschaftlichen Spaltung und zu wirtschaftlichen Problemen, zur allgemeinen Politikverdrossenheit und Resignation. Es wird Zeit, alle Menschen in öffentliche Entscheidungen mit einzubeziehen und in einen stetigen Dialog mit der Bevölkerung einzutreten. Es wird Zeit für Basisdemokratie!
Die Basisdemokratische Partei Deutschland, kurz die**Basis**, ist die neue starke Kraft der Gesellschaft. Sie vereint Menschen, die in Frieden und Freiheit leben und miteinander bessere Entscheidungen treffen möchten. Stellen Sie mit uns wichtige Fragen und sehen Sie die heutigen Herausforderungen als eine Chance, unsere Heimat zu einem positiveren Ort mitzugestalten. Mit uns stärken Sie Ihre Stimme und entsorgen sie nicht in der Wahlurne. die**Basis** ist eine der letzten Chancen für eine echte Demokratie! Nutzen Sie deshalb am 26. September 2021 beide Stimmen, um eine Wende in der Politik einzuleiten. „Viel zu lange schon lassen sich die Berufspolitiker der Altparteien von Lobbyisten beeinflussen und entscheiden gegen den Willen des Volkes, des eigentlichen Souveräns.“ Basisdemokratie kann den Willen der Bevölkerung im aktuellen Geschehen umsetzen. Daher meine Bitte an alle Wahlberechtigten in Sachsen: Gehen Sie wählen und setzen Sie sich mit Ihrer Erststimme und mit Ihrer Zweitstimme für ein echtes Mitspracherecht, für Politik auf Augenhöhe mit allen Menschen, für die Rettung der Demokratie ein.

Wählen Sie die**Basis**!

Herzlichst, Ihr
Dr. Christoph Heinritz-Bechtel

Wie krank ist eine Gesellschaft, in der Gesunde beweisen müssen, dass sie gesund sind.

Impressum & Kontakt
Herausgeber:
Christoph Heinritz-Bechtel, Günter Brötzmann, Kerry Charles Cherki
Schumannstraße 9, 08056 Zwickau

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.):
Christoph Heinritz-Bechtel, Günter Brötzmann, Kerry Charles Cherki
Redaktion: Günter Brötzmann, Kerry Charles Cherki (KCC) , Christoph Heinritz-Bechtel, Eva-Maria Kasimir, Myriam Kuntze, Grit Wolkowicz
Layout & Satz: Kerry Charles Cherki

Druckerei:
Frankenpost Verlag GmbH
Poststraße 9-11, 95028 Hof/Saale
Auflagenzahl: 59.000
Verteilung: kostenlos

Bezirksverband Nordsachsen
https://diebasis-sachsen.de/nordsachsen
nordsachsen@diebasis-sachsen.de
Bezirksverband Westsachsen
https://diebasis-sachsen.de/westsachsen
westsachsen@diebasis-sachsen.de
Bezirksverband Ostsachsen
https://diebasis-sachsen.de/ostsachsen
ostsachsen@diebasis-sachsen.de

Weitere Kontaktmöglichkeiten:
@diebasis_sn
@diebasislvsachsen
@diebasis_sn
@dieBasis Sachsen
https://t.me/die_basis_funktSN

Deutschlandweit 26.000 Mitglieder im ersten Jahr

Dennoch in den Mainstream-Medien weitgehend totgeschwiegen

Einen solchen Zuwachs an Mitgliedern bei einer Partei hat die Bundesrepublik schon lange nicht mehr gesehen: Die Partei die**Basis** tritt am 26. September dieses Jahres zur Wahl des 20. deutschen Bundestages an und hat seit ihrer Gründung am 4. Juli 2020 bereits 26.000 Mitglieder zu verzeichnen. Das ist ein atemberaubendes Tempo und ein Rekord im Vergleich zur Entwicklung der anderen Parteien in Deutschland. Denn im Moment müssen fast alle anderen Parteien mit schwerem Mitgliederschwund zurechtkommen. Die großen Parteien können sich schon lange nicht mehr Volksparteien nennen. Seit 1990 ist die SPD von 943.402 auf heute nur noch 404.000 Mitglieder geschrumpft. Während die CDU damals noch 789.609 Mitglieder zählte, sind es heute nur noch 399.110. Auch die FDP sackte von 168.217 im Jahr 1990 auf heute noch rund 70.000 Mitglieder ab. Regelrecht desaströs sieht es bei der Linken aus: Von 280.882 Mitgliedern fiel sie auf 60.862 ab. Das ist nur noch ein Viertel der damaligen Zahl. Die Grünen haben ihre Mitgliederzahl von 41.316 im Jahr 1990 auf heute nahezu 100.000 Mitglieder gesteigert und gehören damit zu den wenigen, die Zuwächse zu verzeichnen haben. Dazu gehört auf den ersten Blick auch die AfD, die in ihrem Gründungsjahr 2013 17.687 Mitglieder zählte. Die Zahl stieg bis 2019 auf 36.000 Mitglieder, doch in den letzten zwei Jahren verlor auch die AfD und hat aktuell 32.000 Mitglieder zu verzeichnen. Die Basisdemokraten machen sich Hoffnungen, bei der Bundestagswahl ein gutes Ergebnis zu erzielen, auch weil bereits in allen 16 Bundesländern Landesverbände gegründet worden sind. Das ist der AfD im Vergleichszeitraum nicht gelungen. Zwar sind die finanziellen Voraussetzungen eher bescheiden, aber der hohe persönliche Einsatz der Mitglieder gleicht vieles wieder aus. Das Spendenaufkommen muss sich erst entwickeln, ebenso wie der Zufluss durch Mitgliedsbeiträge und staatliche Mittel. Für die staatliche Förderung von Parteien gilt: Wer 0,5 Prozent der Stimmen bei einer Bundestagswahl erreicht, erhält Förderung. Dabei werden 1,03 Euro pro Stimme pro Jahr vom Bund an die Partei ausgezahlt, ab vier Millionen Stimmen dann nur noch 0,85 Cent. Darüber hinaus erhält jede Partei 0,45 Cent pro gezahltem Euro an Mitgliedsbeiträgen. Die Bundestagswahl ist das erste große Etappenziel für die junge Partei die**Basis**. Danach folgen Kommunal- und Landtagswahlen. Von deren Ergebnissen wird es abhängen, wie schnell die Partei bekannt wird und weitere Mitglieder und Stimmen erhält. Bisher hat sie eine sehr gute Entwicklung hingelegt.

Ein Jahr dieBasis | 04.07.2021 (Foto: Günter Brötzmann)

Günter Brötzmann

„Die Sachsen sind entspannter und besonnener“

Landesverband der Basisdemokratischen Partei in Sachsen gegründet

Die Gründungsmitglieder des Landesverbands Sachsen treffen sich in Chemnitz. (Foto: Norman Lienow)

„Ohne mich gäbe es die**Basis** in Sachsen vielleicht gar nicht“, sagt Kerstin Neuhausen und lacht dabei. Wer die sympathische kleine Frau trifft, kann sich gut vorstellen, dass sie mit ihrer energiegeladenen Art den Anstoß zur Gründung des Landesverbandes gegeben hat. Es begann für sie mit den Facebook-Beiträgen der Aktivistin Victoria Harms, die sich bereits im März 2020 kritisch zu den Maßnahmen der Regierung im Umgang mit dem Corona-Virus positioniert hatte. „Ich habe selbst dort Beiträge geschrieben, auch Sachen von Victoria geteilt und bekam starken Gegenwind“, erzählt Neuhausen. Sie ließ sich jedoch nicht davon abbringen die Corona-Politik in Frage zu stellen. „Und ich habe gemerkt, dass ich nicht alleine bin. Das hat mir geholfen.“

Victoria Harms fand sich mit dem Anwalt Ralf Ludwig und dem HNO-Arzt Bodo Schiffmann zusammen, die beide in den sozialen Medien sehr aktiv sind. Zusammen gründeten sie im April vergangenen Jahres die Partei Widerstand2020 und gaben damit ihrem Entsetzen über die gesundheitspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung Ausdruck. Neuhausen meldete sich umgehend dort an. „Wenigstens gibt es Menschen, die in den Widerstand gehen, dachte ich. Eigentlich ist das nicht meine Art, ich bin friedliebend und gemeinschaftlich, aber ich wollte die Spaltung der Gesellschaft nicht hinnehmen“, erinnert sie sich. Doch bei der Gründung waren unter zeitlichem Druck formale Fehler unterlaufen. „Ich fand zudem den Namen falsch gewählt“, so Neuhausen. Über das Netz fand sie sich mit Weggefährten zusammen, die einen Landesverband in Sachsen gründen wollten. „Unter anderen war Romy Löbel dabei, die ich von der Arbeit kannte.“ Beide waren lange Jahre bei einem großen Telekommunikationsanbieter tätig gewesen.

In einem Videogespräch der Gründungswilligen mit Ralf Ludwig kam die Idee auf, das Prinzip des systemischen Konsensierens in die Partei zu tragen. Das heißt, Abstimmungen sollen so durchgeführt werden, dass Einwänden und Bedenken gegen Vorschläge besonders viel Raum gegeben wird (siehe dazu den Artikel auf Seite 14). Doch das Gründungstrio löste sich schnell wieder auf. Bodo Schiffmann gründete eine eigene Partei, WIR2020, verließ diese aber selbst nach wenigen Monaten wieder. So kam es, dass im Juni 2020 auf einer Klausurtagung bei Fulda die Entscheidung fiel, Widerstand2020 aufzulösen und eine neue Partei zu gründen. Diese Entscheidungen wurden systemisch konsensiert, die Delegierten darin begleitet durch Erich Visotschnig, den Miterfinder dieser Methode.

Sachsen ist der zwölfte Landesverband

Die Gründung geschah am 4. Juli 2020 im hessischen Kirchheim. Aus zehn verschiedenen Bundesländern waren 45 Gründungsmitglieder zusammengekommen und hoben die Basisdemokratische Partei Deutschland aus der Taufe. Anwalt Ralf Ludwig war als Gast dabei. Die Basis hebt sich seit diesem Beginn von anderen Parteien ab, indem sie sich auf vier Säulen stellt: Freiheit, Machtbegrenzung, Achtsamkeit und Schwarmintelligenz – letztere wurde anfangs noch `liebevoller Umgang´ genannt. Zusätzlich zu den Vorstandsposten werden sogenannte Säulenbeauftragte bestellt, die darauf achten sollen, dass die Partei im Sinne ihrer Prinzipien handelt.

In Sachsen gründeten 18 Mitglieder am 8. November 2020 den Landesverband. „Spektakulär“, erinnert sich Romy Löbel. „Drei Tage vorher hatte uns die Örtlichkeit, die wir mieten wollten, abgesagt und da wir nicht unter einem Busch gründen wollten, haben wir uns kurzerhand in meinen Räumen getroffen.“ Löbel berät Firmen zu erfolgreicher Kommunikation mit ihren Mitarbeitern und möchte ein wenig Anstand in die Welt bringen, wie sie sagt. Die Sachsen waren der zwölfte Landesverband, der sich gegründet hat. Hernach kamen noch Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Brandenburg und das Saarland hinzu. Löbel, die bis Ende März dieses Jahres die Geschäfte im Bundesverband mitführte, hat einen guten Überblick über die Entwicklung der Partei und die verschiedenen Landesverbände.

„Der Bund ist längst nicht so cool wie die Sachsen“, hatte sie auf dem ersten Landesparteitag am 15. Mai in Plauen gescherzt. Sie präzisiert es so: „Die Sachsen sind entspannter und besonnener. Es wird erst mal die Kaffeemaschine angestellt und man lässt sich nicht vor jeden Karren spannen.“ Sie schätzt an unserem Bundesland, dass die Menschen hier offen und ehrlich ihre Meinung sagen. „Die Sachsen haben Rückgrat und scheuen sich nicht es zu zeigen.“ Die Basisdemokratische Partei sieht sie als Chance. „Wir wollen den Mensch in den Vordergrund stellen und die Welt dafür sensibilisieren, dass jeder Mensch Stärken hat. Wir wollen den Leisen in der Gesellschaft die Möglichkeit geben zu sprechen und gehört zu werden.“ Das politische Engagement in der Partei ist für sie kein Kurzstreckenlauf. Mittlerweile hat der Landesverband Sachsen drei Bezirksverbände: Ostsachsen, Nordsachsen und Westsachsen. Die Gründung von Ortsverbänden steht noch aus und ist wohl die erste große Aufgabe nach der Bundestagswahl am 26. September. Mit Blick hierauf meint Löbel: „Ich bin sehr, sehr zuversichtlich, dass wir politisch etwas ändern können, solange wir nicht müde werden daran zu glauben. Natürlich darf man auch mal niedergeschlagen oder pessimistisch sein. Das ist menschlich. Doch es gibt viel Licht in dieser Welt. Dieses zu sehen und zu verbreiten, darauf richten wir unsere Arbeit aus.“

Eva-Maria Kasimir

„Basisdemokratie ist gemeinwohlorientiert“

Wir stehen dafür, dass politische Entscheidungen gemeinsam getroffen werden

Eine Grundvoraussetzung für konstruktiven Dialog und gelebte Demokratie ist ein offener Debattenraum. Andere Meinungen, Ansichten und Konzepte zuzulassen ist Ausdruck einer freiheitlichen Gesellschaft. die**Basis** steht fest auf dem Boden des Grundgesetzes und setzt sich für die effektive Wahrung der Grundrechte ein. Diese müssen auch in Krisenzeiten gelten. Die Basisdemokratische Partei Deutschland distanziert sich von jeglicher Form extremistischer Bestrebungen, welche die freiheitlich-demokratische Grundordnung untergraben.

Eine Zusammenstellung von Kerry Charles Cherki

Basisdemokratie

die**Basis** setzt sich für eine konsequente und verbindliche Bürgerbeteiligung im Zuge der gesellschaftlichen und politischen Willensbildung ein. Der Einsatz von erprobten sowie neuen basisdemokratischen Ansätzen und Werkzeugen auf allen Ebenen der Politik ist zukunftsweisend. Hierzu zählen Volksbefragungen, Volksbegehren und Volksentscheide. Bürgerräte, welche mittels Losverfahren berufen werden sowie Verfahren zur konsensorientierten Entscheidungsfindung ergänzen die parlamentarische Arbeit und Willensbildung. Gesetze, die Grundrechte einschränken, müssen durch das Verfassungsgericht geprüft und durch Volksentscheid bestätigt werden. Verordnungen der Regierungen (Exekutive) dürfen keine Gesetze einschränken oder aushebeln.

Abgeordnete

Abgeordnete und Mandatsträger sind den Bürgern unseres Landes verpflichtet. Sie müssen als parlamentarische Vertreter den basisdemokratischen Willen der Bevölkerung in Gesetze einbringen. Dabei dürfen sie weder ihren persönlichen noch den Interessen von Lobbygruppen folgen. die**Basis** steht für eine strengere Kontrolle der Abgeordneten. Wir fordern die vollständige Transparenz aller Einkünfte und Nebeneinkünfte von Mandatsträgern und deren wirtschaftlichen Verflechtungen. Zudem ist die Wählbarkeit in unsere Parlamente auf zwei Legislaturperioden zu beschränken.

Gesetzgebung

Die Basisdemokratische Partei fordert, dass freie Abstimmungen in unseren Parlamenten ohne Fraktions- und ohne Koalitionszwang durchgeführt werden. die**Basis** setzt sich für eine Expertenkommission zur Verringerung der Anzahl der Gesetze und Verordnungen ein. Insbesondere die Steuergesetze sind einer großen Reform zu unterziehen. Die Steuergesetzgebung muss transparent, einfach und bürgerfreundlich werden. Es ist eine Steuergerechtigkeit für kleine und mittelständische Unternehmen herzustellen. Bislang sind unsere Steuergesetze an den Belangen der Holdings und Konzerne ausgerichtet.

Infrastruktur

Der öffentliche Nah- und Fernverkehr, die Energie- und Wasserversorgung, Kommunikation und Internetzugang, natürliche Ressourcen sowie der kommunale Wohnungsbau haben dem Gemeinwohl zu dienen. „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Artikel 14 Grundgesetz.

Bildung

die**Basis** steht für ein Bildungswesen mit Freiheit, in Vielfalt und demokratischer Grundstruktur, welches sich an der Förderung individueller Menschen und Persönlichkeiten orientiert.
Schulische Bildung muss vom Menschen aus gedacht und organisiert werden. Politische und wirtschaftliche Interessen sind dabei außen vor zu lassen.
Bildung soll sich unter anderem an den individuellen Interessen und Fähigkeiten orientieren. Damit jeder Mensch frei seine Individualität, seine fachlichen und sozialen Kompetenzen entwickeln und in die Gemeinschaft einbringen kann.
Bildung und Ausbildung sind zwei unterschiedliche Lebensbereiche.

Digitalisierung

Freiheit und Menschenwürde sind über eine fundierte Digitalethik sicherzustellen. Die Verbesserung der Lebensqualität der einzelnen Menschen und der Gesellschaft stehen im Mittelpunkt. Technischer Fortschritt soll vom Gemeinwohl geleitet sein. Digitale Technik darf nicht dazu dienen, Menschen zu übervorteilen, zu unterdrücken, zu zensieren, zu steuern und zu kontrollieren. Wir sagen Nein zur einseitigen Konzentration von Macht bei Staat & Konzernen.

Achtsamkeit bedeutet, auf andere und sich selbst acht geben und respektvoll zu sein.

Achtsamkeit heißt, genau hinzuschauen und auf Missstände hinzuweisen.

Alle Menschen sind systemrelevant.

Demokratie muss gepflegt werden. (Foto: Pixabay)

Wirtschaft

Die Industrie und die Wirtschaft haben den Menschen zu dienen, eine Umkehr ist menschenunwürdig. Unsere Wirtschaft darf weder die Menschen noch unsere natürlichen Lebensgrundlagen ausbeuten bzw. zerstören. Wir streben eine moderne Form der Sozialen Marktwirtschaft an, in der Solidarität, Gemeinwohl, Zusammenhalt, aber auch Eigenverantwortung tragend sind. Nachhaltigkeit und Schonung von Ressourcen sind erklärtes Ziel in sozialer Gerechtigkeit. Alle Unternehmen, die in Deutschland wirtschaftlich tätig sind und Umsätze einfahren, müssen auch hier besteuert werden. Keine Umgehung einer fairen Besteuerung. Steuergerechtigkeit muss hergestellt werden.

Lobbyismus

Politische Gremien und Instanzen müssen im Kontakt mit Industrie und Wirtschaft sein, das ist ohne Zweifel eine Notwendigkeit. Allerdings ist jegliche Form der Beeinflussung auf politische Entscheidungen durch Wirtschaftsverbände oder sonstige Partikularinteressen vermittelt durch Lobbyismus abzuschaffen. Wir setzen uns für die größtmögliche Transparenz aller politischen Verfahrensweisen und Vertragsverhandlungen ein.
die**Basis** fordert eine Verschärfung der Lobbyregister-Bestimmungen und stimmt für deren Ausweitung auf die Landtage und Regierungsämter bzw. Ministerien. Wir fordern die lückenlose Veröffentlichung aller Kontakte von Politikern und Spitzenbeamten mit Lobbyisten. Dies ist Teil unserer Bemühungen unter der Säule der Machtbegrenzung. Lobbyismus kann nur systematisch unterbunden werden.

Bargeld

die**Basis** setzt sich für den Erhalt des Bargeldes ein. Bargeld garantiert Freiheit und Privatsphäre. Wir wollen verhindern, dass gänzlich alle Zahlungen überwachbar und dadurch Möglichkeiten für Sanktionen geschaffen werden. Einem Bericht der Bundesbank ist noch Folgendes zu entnehmen: „Das Bargeld genießt innerhalb der Bevölkerung ein sehr hohes Vertrauen. Dies zeigte sich vor allem während der Finanzkrise 2008. [...] Dies zeigt: Bargeld spielt nicht nur im Alltags- und Wirtschaftsleben eine bedeutende Rolle, sondern wird auch abseits dessen als stabiles Wertaufbewahrungsmittel geschätzt. Die Bundesbank setzt sich deshalb für einen Erhalt des Bargelds ein, damit die Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin das von ihnen bevorzugte Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel verwenden können.“ (Quelle: Deutsche Bundesbank - Zahlen & Fakten rund ums Bargeld, März 2020).

Gesundheit

Wir stehen für ein von Pharmaindustrie und Konzerninteressen unabhängiges Gesundheitswesen ein. Freie Arzt- und Therapiewahl sind hierfür notwendige Voraussetzungen. Gesundheit darf kein wirtschafliches Kalkül sein und wie eine Ware behandelt werden. Prävention, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung gehen vor Profitgier. die**Basis** versteht Gesundheit ganzheitlich als körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden. Gesundheit ist kein Laborwert oder eine statistische Größe.

Kulturlandschaft

Eine schrittweise Umstellung der Land- und Forstwirtschaft auf nachhaltigen, ökologischen Landbau, der in regionale Vermarktungsstrukturen eingebunden ist, bei gerechten und fairen Preisen, streben wir an. Patente auf Pflanzen und Tiere sowie auf andere natürliche Ressourcen lehnen wir ab.

Wohnungsmarkt

Wohnraum ist ein Grundbedürfnis und ein Menschenrecht. Wohnen muss für alle Menschen in unserer Gesellschaft erschwinglich und bezahlbar sein. Die Maximierung von Renditen widerspricht dem Gemeinwohlprinzip. Es gilt Artikel 14 Grundgesetz „Eigentum verpflichtet“. die**Basis** steht für die Förderung eines naturnahen, kontakt- und lebensfördernden Wohnumfeldes mit einer nachhaltigen Mischung aus Wohnraum, Grün- und Erholungsflächen, Sport- und Veranstaltungsbereichen. Zudem ist der soziale Wohnungsbau zu fördern

Geburtshelfer für die Basisdemokratie

Christoph Heinritz-Bechtel ist Spitzenkandidat für dieBasis in Sachsen

Christoph Heinritz-Bechtel ist unser Spitzenkandidat auf Listenplatz 1 und Direktkandidat Wahlkreis 165 - Zwickau. (Foto: privat / Pixabay)

Als praktizierender Arzt und Familienvater von sechs (davon drei schulpflichtigen) Kindern ist Gesundheitserziehung ein zentrales Thema für den Wahlvogtländer. „Die Menschen sind verantwortlich für ihre Gesundheit, nicht das Gesundheitsamt!“

Dr. Christoph Heinritz-Bechtel ist Arzt aus Leidenschaft. Schon früh hat sich der Facharzt für Gynäkologie und Geburtshilfe nach Alternativen zur Schulmedizin umgeschaut und wurde sowohl bei der Traditionellen Chinesischen Medizin als auch bei der anthroposophischen erweiterten Medizin fündig. Anthroposophie bedeutet wortwörtlich übersetzt „Weisheit vom Menschen.“ Ärzte, die diese anerkannte Therapierichtung praktizieren, eint ein Menschenbild: die Einheit von Natur, Geist und körperlicher Entwicklung.
„Wir Menschen verfügen über Selbstheilungskräfte, die durch die vierteiligen Behandlungsansätze der Traditionellen Chinesischen Medizin (Akupunktur, Ernährungslehre, Arznei- und Bewegungstherapie) angeregt und unterstützt werden. In seiner eigenen Praxis in Zwickau setzt Christoph Heinritz-Bechtel auf Akupunktur und Ernährungslehre. Resümierend stellt der Arzt nach fast 30 Jahren Berufserfahrung fest: „Die alternativen Therapieformen haben meinen Patientinnen oft sehr geholfen.“ Er kennt auch den schlechten Ruf, der der Alternativmedizin oft angehängt wird. Als mögliche Ursache nennt er, dass diese Therapieformen den Pharmakonzernen keine exorbitanten Gewinne bescherten. „Die Natur lässt sich nun einmal nicht patentieren.“

„Und dann kam Corona …“

Als im März 2020 der erste Lockdown vollzogen und die Schulen geschlossen wurden, befand sich Heinritz-Bechtel auf einem Lehrgang im anthroposophischen Zentrum in Kassel. Dort überkam ihn zum ersten Mal der Eindruck, dass etwas nicht stimme mit dem „Narrativ“, das uns die Medien – vor allem die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten – bis heute präsentieren. Dieses „Störgefühl“ hat ihn von Anfang an kritisch gestimmt.“ Als die Bilder aus Bergamo über die Bildschirme flackerten, fragte er direkt bei Bekannten aus Italien nach und erhielt gegenteilige Aussagen. Bis zum Eintritt in die Basisdemokratische Partei Deutschlands und seinem politischen Engagement sollten aber noch Monate vergehen. „Die Partei Wir2020 habe ich nur beobachtet.“ Er kann nicht mehr genau sagen, wie er auf die Partei die**Basis** aufmerksam wurde, nur dass ihn das Konzept überzeugt und er nicht lange überlegt hat, ehe er den Mitgliedsantrag ausfüllte. Achtsamkeit, eine der vier Säulen der Basispartei, also der liebevolle Umgang miteinander, ist für ihn ein im Alltag zu wenig gelebter Grundsatz, spielt in seinem Leben aber eine wichtige Rolle.

Bereits bei seiner Aufnahme im März 2021 wurde er gefragt, ob er sich im Herbst als Kandidat für den Bundestag zur Wahl stellen möchte. Für ihn völlig überraschend wurde er bei der Aufstellungsversammlung der Partei in Pulsnitz zum Spitzenkandidaten in Sachsen gewählt. „Ich kandidiere, weil ich als Geburtshelfer zum einen die nötige Ruhe und Geduld, aber auch den Tatendrang habe, einer Demokratie, die wirklich vom Volk ausgeht, mit ins Leben zu helfen, zum anderen, weil ich in den fast drei Jahrzehnten meiner beruflichen Tätigkeit gelernt habe, dass ich tatsächlich nur der ‚Helfer‘ bin – ich kann Verantwortung übernehmen, ohne im Mittelpunkt stehen zu müssen.“

Eine Sache gibt’s aber doch, die den sonst so ausgeglichenen Arzt auf die Palme bringt: Regeln ohne Evidenz. Dazu zählen bspw. PCR-Tests an Gesunden, die Ungleichbehandlung von Gesunden im Vergleich zu Genesenen und Geimpften in Bezug auf ihre Freizügigkeit und die Maskenpflicht für Kinder.
Seine Ehefrau Jana unterstützt ihn bei seiner politischen Arbeit, da sie hinter der Idee der Basisdemokratie steht. Trotzdem sorgen die Corona-Maßnahmen für Diskussionsstoff am heimischen Esstisch, da seine Frau als Polizistin deren Einhaltung kontrollieren muss.
Der Riss, der sich zunehmend durch unsere Gesellschaft zieht, verläuft quer durch die Familie des sechsfachen Vaters. Sein zweitältester Sohn, Student der medizinischen Physik, kann die Haltung seines Vaters nicht nachvollziehen und ist in puncto Corona-Maßnahmen und Gen-Impfstoffen gegensätzlicher Meinung. Seine anderen Kinder im Alter von 11, 14, 16, 25 und 27 Jahren enthalten sich der politischen Diskussion. „Meine Kinder habe ich zu freiem Denken erzogen.“

„Aktuell leben wir in verschiedenen ‚Blasen‘, die einander nicht berühren“, erklärt Heinritz-Bechtel, der durch seine kritische Einstellung auch schon Freunde verloren hat. „Es gibt Menschen, die schauen allabendlich die Tagesschau und lehnen Informationen, die darüber hinausgehen, kategorisch ab.“
Momentan treibt ihn an, dass immer mehr Menschen „aufwachen“ und die „kritische Masse“ stetig wächst. „Durch die Corona-Krise ist uns deutlich vor Augen geführt worden, wie viel in unserer Gesellschaft im Argen liegt.“ Insofern hat er die Hoffnung, dass wir diese – womöglich – letzte Chance nutzen, um wieder zu einem achtsamen Miteinander und einem Leben in Einklang mit der Natur zu finden. „Besinnen wir uns auf das, was wirklich zählt!“ *Myriam Kuntze*

Weitere Informationen:

@dr_christoph_heinritz_bechtel

facebook.com/ChristophHeinritzBechtel
dieBasis

www.youtube.com/user/docchristoph
@docchristoph

t.me/frauenarzt_zwickau

Schwarmintelligenz

Die Weisheit der Vielen in die konkrete Politik einbinden.

Expertenwissen greift oft zu kurz, um komplexe, fachübergreifende Themengebiete zu erfassen.

Wir alle haben Lebenserfahrung, Wissen und Expertise in den verschiedensten Lebensbereichen.

Die politische Gestaltung unserer Gesellschaft braucht Meinungsvielfalt und einen breiten Debattenraum.

Kreativität und Ideenreichtum erwachsen aus Kooperation.

„Ein gesundheitswissenschaftliches Desaster“

Dringende Fragen an die Gesundheitspolitik

Prof. Dr. med. Sven Hildebrandt. (Foto: privat)

Prof. Dr. med. Hildebrandt ist Professor für Frauenheilkunde und Geburtshilfe an der Hochschule Fulda. Als niedergelassener Frauenarzt leitet er das Geburtshaus, die Frauenarzt- und Hebammenpraxis Bühlau in Dresden.

Unser ganzes Land, ja die gesamte Erdbevölkerung, scheint angesichts der Corona-Krise gefangen in einem kollektiven Ausnahmezustand aus Angst, Sorge und Ausweglosigkeit. Gerade in solch unsicheren Zeiten ist es wichtig, den eigenen Blickwinkel zu weiten und einen Perspektivwechsel zu wagen. Unser Gastautor versucht als Arzt und Wissenschaftler, die gegenwärtige Situation aus gesundheitswissenschaftlicher Sicht zu beleuchten. Wenn eine Krankheit auftritt, gibt es klare wissenschaftliche Regeln für deren Beschreibung und Bekämpfung. Zunächst erfasst die klinische Medizin die Art und Schwere der beobachteten Symptome. Die Grundlagenforschung ergründet mögliche Ursachen, denkbare Verbreitungswege und anwendbare Therapieoptionen. Die Epidemiologie erforscht die Auswirkung der Krankheit auf die Gesundheit der Bevölkerung, beschäftigt sich mit Erkrankungswahrscheinlichkeiten und Verlaufsszenarien.

Im Ergebnis all dieser Forschungsrichtungen entwickeln die Gesundheitswissenschaften Präventionsstrategien, mit denen man der Krankheit begegnen kann. Diese geben ihre Erkenntnisse an die Politik weiter, damit sie den gesetzlichen Rahmen für die Behandlung der Erkrankung schafft und durchsetzt und ihrer Verbreitung vorbeugt. Die Medien haben die Aufgabe, der Bevölkerung transparent das Konzept zu vermitteln. Das bedeutet: Die wissenschaftliche Richtung einer Krankheitsbetrachtung geht immer von der Klinik über Grundlagenforschung hin zu Politik und Medien. Keinesfalls darf diese Richtung umgekehrt werden. Genau dies ist jedoch im Falle von COVID-19 geschehen. Mit den Ende 2019 im chinesischen Wuhan beobachteten Anomalien trat eine von der Politik lange vorbereitete Situation ein. Noch bevor man massenhaft Krankheitsphänomene messen konnte, schrillten weltweit die Alarmglocken – und man aktivierte langfristig angelegte und zuletzt im September 2019 international durchgespielte Pandemieszenarien.

Und damit trat das oben geschilderte Paradoxon ein: Die Politik gab der Wissenschaft die Rahmenbedingungen vor, in denen sie agieren musste. Dies war besonders deutlich bei dem maßgeblich in Deutschland entwickelten PCR-Test, der entgegen der Empfehlung renommierter Wissenschaftler von der Weltgesundheitsorganisation relativ frühzeitig zum weltweiten Standard für die Abbildung des Krankheitsgeschehens erklärt wurde. Das Ausmaß der Pandemie wird seither an Testergebnissen, nicht an Krankheitssymptomen gemessen. Bis heute – über ein Jahr nach Beginn der Pandemie – liegt keine repräsentative Kohortenstudie vor, die genau erfasst, wie viele Menschen sich infizieren, wie viele davon leicht, mittelschwer oder schwer erkranken, wie viele intensivmedizinisch betreut werden müssen und wie viele unmittelbar an der Krankheit versterben. Dieser so einfache wie zwingend notwendige Standard der Epidemiologie wurde – aus welchen Gründen auch immer – nicht eingehalten. Stattdessen mutet man den Menschen stündlich in jeder Nachrichtensendung Absolutzahlen positiver Testergebnisse und vage „an oder mit verstorben“-Angaben zu, bei denen jeder medizinische Laie merken müsste, dass dies unwissenschaftlich und ungenau ist.

Die Folgen der politischen Einflussnahme auf die Wissenschaft sind im Bereich der Primärprävention noch ungleich dramatischer: Die Politik gibt vor, Infektionsketten durch Gesichtsmasken, Abstandsregeln und Kontaktverbote zu unterbrechen – und schert sich in keiner Weise um die wissenschaftliche Datenlage, die die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahmen hinterfragt und auf deutliche Kollateralschäden verweist. Und als Ultima Ratio wird den Menschen zuletzt die Impfung aufgedrängt. Die Pandemie sei erst vorbei – so die Bundeskanzlerin – wenn alle Menschen auf der Erde geimpft sind.

„Jede Abweichung von der Darstellung der Bundesregierung wird als Angriff auf die Gesundheitspolitik gewertet und sanktioniert.“

Damit ist das Narrativ der gegenwärtigen Gesundheitspolitik klar abgesteckt: AHA-Regeln, Distanz und Impfung. Natürlich kann man argumentieren, dass dieser Weg angesichts der Gefahren, die das Virus für die Gesundheit und die Gesundheitssysteme bedeutet, zwingend notwendig sei, und es ließe sich sogar ins Feld führen, dass er von Wissenschaftlern erdacht und konzipiert wurde. Dennoch stehen die politisch Verantwortlichen in der Pflicht, die gefundenen Ergebnisse evaluieren, mögliche Interessenkonflikte von beratenden Wissenschaftlern oder entscheidenden Politikern aufdecken zu lassen und alternative Erkenntnisse und Konzepte zu erörtern.

Und genau hier sperrt sich die Politik – vermutlich in der Annahme, Zweifel in der Bevölkerung könnten den Erfolg der Kampagne gefährden. Doch mit dieser Strategie verlässt sie eindeutig den Boden des demokratischen Selbstverständnisses – und zwar nicht nur, weil sie unsere Grundrechte ohne hinreichende Begründung einschränkt, sondern insbesondere weil sie es den Menschen geradezu verbietet, sich ein eigenes Bild von der Situation zu machen und die Angemessenheit der politischen Entscheidungen zu beurteilen. Der wissenschaftliche Disput wird vorsätzlich unterbunden, kritische Stimmen verschwiegen und verleumdet. Jede Abweichung von der Darstellung der Bundesregierung wird als Angriff auf die Gesundheitspolitik gewertet und sanktioniert.

Die Folge ist ein Klima der Rat- und Orientierungslosigkeit, der Angst und der Resignation – kein Wunder, dass unser Land heute so tief gespalten und wie gelähmt ist. Wie aber können wir diese Stagnation überwinden? Aus gesundheitswissenschaftlicher Sicht scheinen folgende Schritte dringend notwendig:

1. Die derzeitige Strategie muss evaluiert werden. Hierzu ist die oben geforderte repräsentative Kohortenstudie unerlässlich. Wir brauchen eine korrekte und transparente Beschreibung des Infektionsgeschehens, um die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen bewerten zu können.
2. Andere Gesundheits- und Präventionskonzepte müssen der Impfung zur Seite gestellt sowie offen und transparent diskutiert werden. Hierzu gehören bspw. die Rolle der natürlichen Immunabwehr, der Ernährung und der Gesundheitsförderung.
3. Die Politik muss entscheidende Fragen umgehend, vollständig und transparent beantworten:

- Warum werden epidemiologische Grundregeln missachtet?
- Welche Rolle spielt die Pharma-Lobby?
- Welchen Einfluss nehmen große Wirtschaftsverbände und private Stiftungen auf die Politik?
- Warum werden die lange bekannten und gut beschriebenen Zusammenhänge von Krankheitsentstehung und Ernährungs- und Umweltfaktoren nicht in konkrete Maßnahmen umgesetzt? Dazu zählen das Verbot von Massentierhaltung und von Werbung für gesundheitsschädigende Nahrungsmittel, die Schaffung einer nachhaltigen Nahrungsmittelindustrie, die Umorientierung der Landwirtschaft und ein effektiver Umweltschutz.
- Was hat es mit der Gain-of-Function-Forschung auf sich, bei der für den Menschen ungefährliche Viren manipuliert und hochpathogen gemacht werden? Diese 2015 in den USA durch ein Moratorium untersagten Forschungen sind nach Wuhan ausgewandert und beschäftigen sich u.a. mit der Manipulation von Corona-Viren. Welche Ziele verfolgen diese Forschungen? Warum gibt es keine offiziellen Informationen darüber? Warum werden die Studien, die einen Laborunfall mit 99,8%iger Wahrscheinlichkeit als Ursache der Pandemie ansehen, nicht ernst genommen und öffentlich diskutiert – und dafür die „Fledermaus-Theorie“ immer wieder als Ursache benannt? Die Liste weiterer brennender Fragen ist lang. Wenn unsere Gesellschaft zur Ruhe kommen soll, wenn wir die Krise überwinden und die Chance zu einer tiefgreifenden Verbesserung der globalen Lebenssituation ergreifen wollen, müssen diese Fragen gestellt und von den politisch Verantwortlichen gehört und beantwortet werden.

Sven Hildebrandt

Den Bürgern eine Stimme geben

Opernsängerin Anke Althoff plädiert für achtsamen Umgang miteinander

Anke Althoff ist unsere Spitzenkandidatin auf Listenplatz 2 und Direktkandidatin Wahlkreis 160 - Dresden II und Bautzen II. (Foto: privat)

„Ich war während des ersten Lockdowns nicht mehr in der Lage zu singen“, sagt Anke Althoff. Die Opernsängerin fühlte sich monatelang nutzlos und seelisch ausgebrannt. Denn im März 2020 wurden sie und ihre Kollegen von jetzt auf gleich mitten aus einer Probe gerissen und nach Hause geschickt. Corona-Alarm. Keine Auftritte mehr. Niemand wusste, was kommt. Heute singt die 58-Jährige wieder und ist zudem politisch aktiv. Für die Basis-Partei kandidiert sie auf Listenplatz 2 für Sachsen und ist gleichzeitig Direktkandidatin für ihren Wahlkreis.

Anke Althoff lebt für die Bühne. Sie ist Opernsängerin im Sächsischen Staatsopernchor Dresden an der Semperoper. Seit 1988 hat sie dort ein festes Engagement und schon viele große Inszenierungen erlebt. Nach ihren liebsten Stücken gefragt, kommt sie aus dem Aufzählen und Schwärmen gar nicht mehr heraus: „Lady von Macbeth von Mzensk“ von Schostakowitsch, „Rusalka“ von Dvořák, „Tannhäuser“ und „Parsifal“ von Wagner und die „Chichester Psalms“ von Bernstein sind nur einige davon. Gebürtig stammt Anke Althoff aus Potsdam, wo sie zunächst eine Berufsausbildung mit Abitur machte. Danach ging sie nach Weimar und später nach Dresden, um ein Hochschulstudium für klassischen Gesang und Musiktheater zu absolvieren. Das schloss sie mit gleich zwei Staatsexamen – als Choristin und Solistin – ab.

Proben, Vorstellungen und dazwischen die Familie

In ihrer neuen Heimat Dresden heiratete Anke Althoff nicht nur die Oper, sondern auch ihren ersten Mann, mit dem sie zwei Töchter hat. Die sind inzwischen längst erwachsen, aber beruflich nicht in die Fußstapfen ihrer Mutter getreten. Auch dreifache Oma ist Anke Althoff inzwischen, ihre Enkelkinder sind eins, drei und vier Jahre alt. Das Familienleben der Sängerin gestaltete sich wegen ihres Berufs schon immer ein wenig anders. An den Vormittagen stehen Proben auf dem Terminplan, die Nachmittage sind in der Regel frei und abends heißt es: entweder wieder Proben oder Vorstellungen. Das Ganze an sechs Tagen pro Woche, mit festen Theaterferien jedes Jahr. Sich zwischendurch mal einen Tag freizunehmen, sei fast unmöglich und nur in Ausnahmefällen erlaubt. „Das soziale Leben bleibt in meinem Job weitestgehend auf der Strecke“, sagt Anke Althoff. Doch dafür hat sie ihr 90-köpfiges Ensemble, in dessen Mitte sie sich zuhause fühlt. Eine der wichtigsten Tugenden in ihrem Job sei Pünktlichkeit, erklärt sie. „Das fängt schon damit an, wenn wir vor einem Auftritt in die Maske müssen. Da ist dann meine Maskenzeit beispielsweise um 18.52 Uhr – auf die Minute.“ Außerdem hat das Erhalten der eigenen Gesundheit einen hohen Stellenwert. Die Stimme ist das Kapital der Sängerin – und die braucht täglich technisches Training. Anke Althoff liebt an ihrem Job die Abwechslung. Die hat sie nicht nur in den verschiedenen Inszenierungen, sondern auch bei den Sprachen, in denen sie ihre Opernchorpartien singt. Ob Italienisch, Englisch, Französisch, Tschechisch oder Russisch, es waren schon einige. Im Oktober wird sie bei einem Konzert in einer Synagoge zum Thema „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ sogar auf Hebräisch singen.

Schwere Zeit im Lockdown – erste Zweifel

Anke Althoff übt ihren Beruf mit Disziplin und großer Leidenschaft aus. Entsprechend hart traf sie der plötzliche erste Lockdown 2020. „Wir mussten die Oper verlassen, unsere persönlichen Dinge mitnehmen – und das war’s erstmal“, erinnert sie sich. Am Anfang waren ihre Verunsicherung und Vorsicht groß. Einkaufen mit Gummihandschuhen, wenig draußen, Beklemmungen. Die Nachrichten in den Medien empfand sie zunehmend als „Kriegsberichterstattung“, erste Zweifel kamen auf. Als ehemalige DDR-Bürgerin war sie sensibilisiert: „Bei mir ging sofort wieder eine Lampe an, weil ich das alles noch von früher kannte. Es fühlte sich so falsch an“, sagt sie. Nach einer Zeit des Medienfastens begann sie, sich aus vielen unterschiedlichen Quellen zu informieren und wissenschaftliche Studien zu lesen, die einen ganz anderen Blick auf Corona und den Lockdown ermöglichten. Die über allem stehende Frage sei für sie gewesen: Wem nützt das Ganze? Je mehr sich Anke Althoff damit beschäftigte, desto zorniger wurde sie. „Das nahm mich seelisch so mit, dass ich eine Weile nicht mehr singen konnte“, sagt sie. Ablenkung fand sie bei der Haus- und Gartenarbeit. Parallel wuchs ihr Wunsch, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen und aktiv gegen die Lockdown-Politik anzugehen. Sie erlebte deren Folgen in ihrem Umfeld als wirtschaftliches und menschliches Desaster, das sie schockierte.

Steiler Start in der Partei dieBasis: vom Antrag bis zur Kandidatur

Ende 2020 stieß Anke Althoff auf die Basisdemokratische Partei Deutschland, nahm an virtuellen Treffen teil und stellte viele Fragen. Im Januar 2021 wurde sie Mitglied und war ziemlich schnell bereit, Verantwortung zu übernehmen – als Vorsitzende des Bezirksverbands Ostsachsen. Auch als Kandidaten für die Landesliste gesucht wurden, erklärte sie sich bereit. „Es war für mich nicht wichtig zu kandidieren. Das hätte auch gut jemand anderes machen können. Aber wir standen ja noch ganz am Anfang der Parteistrukturarbeit und die Mitglieder haben mir das zugetraut“, sagt sie. die**Basis** sieht sie als große Möglichkeit, die gespaltene Gesellschaft wieder zusammenzuführen.

Dass viele Politiker von der Krise profitiert haben, während große Teile des Mittelstandes ihre Existenz verloren, macht sie wütend. Machtbegrenzung als eine der basisdemokratischen Säulen ist ihr deshalb ein Herzensanliegen. Auch Achtsamkeit müsse wieder eine viel größere Rolle spielen. Die Rückkehr zum sachlichen Diskurs, ausgewogene Diskussionsrunden, kein öffentliches Diffamieren, sondern achtsames Streiten – dafür will sie sich einsetzen. Die Säule der Freiheit zu stärken ist bei alledem Grundvoraussetzung: „Wir alle mussten dabei zusehen, wie man uns unsere Grundrechte nimmt“, kritisiert sie. Und schließlich die Schwarmintelligenz – die halte alles zusammen. Jeder bringt sich ein und die Wählerinnen und Wähler werden so oft wie möglich zu den Entscheidungen im Bundestag befragt. Die Vision der Mitbestimmung ist auch Anke Althoffs Vision. „Wir sind als Basis den Bürgern verpflichtet und verstehen uns als Dienstleister“, sagt sie.

Grit Wolkowicz

Achtsamkeit

Der achtsame Umgang
mit anderen und sich selbst,
als auch mit der Natur
sowie der Tierwelt,
gilt uns als Leitbild einer
freiheitlichen und friedlichen
Gesellschaft.

Wie wird am 26. September 2021 gewählt

Erst- und Zweitstimme erklärt

Am 26. September 2021 wird die Wahl zum 20. deutschen Bundestag stattfinden. Am Wahltag können zwei Kreuze auf dem Stimmzettel gemacht werden, eins für die Erststimme, eins für die Zweitstimme. Mit der Erststimme (auf der linken Seite) wird ein Direktkandidat oder eine Direktkandidatin aus dem eigenen Wahlkreis gewählt. In Deutschland gibt es 299 Wahlkreise und in jedem davon leben im Durchschnitt 250.000 Einwohner. Pro Wahlkreis darf jede Partei eine Kandidatur aufstellen, aber auch unabhängige Kandidaturen sind möglich. Wer die meisten Erststimmen in seinem Wahlkreis erhält, bekommt das Direktmandat und zieht als Abgeordneter in den Bundestag ein. So wird sichergestellt, dass jede Region im Parlament vertreten ist. Mit der Zweitstimme entscheiden sich die Wähler nicht für eine Person, sondern für die Landesliste einer Partei. So werden die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag festgelegt, also wie viele der insgesamt 598 Sitze im Bundestag jeweils einer Partei zustehen. Die Zweitstimmen zählen jedoch nur, wenn Parteien mindestens fünf Prozent aller Zweitstimmen oder drei Wahlkreise gewonnen haben. Wenn nicht, verfallen die Zweitstimmen. Bei der Sitzverteilung im Bundestag gilt: Zuerst werden die 299 Sitze an die Direktkandidaten vergeben. Dann folgen die Kandidaten der Landeslisten. Die Parteien entsenden im Verhältnis ihrer gewonnenen Zweitstimmen Abgeordnete nach Berlin.

Die mit der Erststimme gewählten Direktkandidaten ziehen aber auf jeden Fall in den Bundestag ein – und zwar auch dann, wenn ihre Partei an der Sperrklausel gescheitert ist. Werden von einer Partei drei oder mehr Direktkandidaten in den Bundestag gewählt, gelten ihre Zweitstimmen auch dann, wenn sie unter der Fünf-Prozent-Hürde geblieben ist. Bekommt eine Partei durch Direktmandate mehr Sitze, als ihr durch Zweitstimmen zustünden, erhält sie diese trotzdem in Form von Überhangmandaten. Dafür bekommen die anderen Parteien Ausgleichsmandate, sodass die Sitzverteilung dem Verhältnis der Zweitstimme entspricht. Dadurch erhöht sich regelmäßig die Anzahl der eigentlich vorgesehenen 598 Sitze. Aktuell hat der deutsche Bundestag 709 Abgeordnete.

Ungültige Stimmen und Briefwahl

Der Stimmzettel kann für ungültig erklärt werden, wenn der Wille des Wählers nicht zweifelsfrei zu erkennen ist. Die Entscheidung darüber obliegt dem Wahlvorstand. Es muss klar erkennbar sein, welchem Kandidaten und welcher Partei der Wähler seine Stimmen gegeben hat. Nicht alle Symbole werden akzeptiert. Beispielsweise gilt ein Smiley als mehrdeutig und verfassungswidrige Symbole wie ein Hakenkreuz führen zur Ungültigkeit des Stimmzettels. Auch dürfen keine Anmerkungen auf den Wahlzettel geschrieben werden. Ungültige Stimmen haben keinen Einfluss auf das Wahlergebnis. Wer die Briefwahl nutzen möchte, kann die Unterlagen entweder im Internet beantragen oder die Rückseite der Wahlbenachrichtigung ausfüllen. Zu den Briefwahlunterlagen gehören neben einer Anleitung, dem Stimmzettel sowie Wahlschein auch zwei Umschläge. Um eine gültige Stimme bei der Briefwahl abzugeben, muss der angekreuzte Stimmzettel in den leeren blauen Umschlag gesteckt werden. In den roten, an die Wahlbehörde adressierten Umschlag kommt der unterschriebene Wahlschein, mit dem versichert wird, dass man selbst seine Stimme abgegeben hat, und der blaue Umschlag mit dem Stimmzettel. Der Brief sollte spätestens am Donnerstag vor der Wahl abgeschickt werden. In der Briefwahlstelle können die Wahlbriefe noch am Wahltag abgegeben werden. Die Briefwahl ist innerhalb Deutschlands kostenlos. Pro Brief an die Wahlbehörde darf nur ein Stimmzettel eingereicht werden, da sonst der Grundsatz der geheimen Wahl nicht gegeben und die Stimme für ungültig erklärt wird. Briefwahl ist ab dem 16.08. möglich! *Myriam Kuntze*

die**Basis** Landesliste Sachsen zur Bundestagswahl mit Listenplatz 1 bis 15:

1	Dr. Christoph Heinritz-Bechtel
2	Anke Althoff
3	Kerry Charles Cherki
4	Stefan Heinke
5	Antje Bäz
6	Eva-Maria Kasimir
7	Thorsten Füth
8	Frank Buschbeck
9	Marco Korbella
10	Günter Brötzmann
11	Mario Falcke
12	Norman Lienow
13	Dr. Christian Toloczyki
14	Jürgen Dreher
15	Maik Hoppe

Machtbegrenzung

Macht darf in keiner Gesellschaft in den Händen von Wenigen liegen. Das ist undemokratisch!

Keine Partei darf von Funktionären elitär dominiert werden.

Kein Parlament als Gesetzgeber darf sich von Lobbyisten Gesetze diktieren lassen.

Gewaltenteilung ist unabdingbar in einer echten Demokratie.

Kein staatliches Gremium darf von finanzstarken Interessengruppen dominiert werden.

Beschränkung auf zwei Legislatur-Perioden von Mandatsträgern in unseren Parlamenten.

Machtmissbrauch verhindern!

Stimmzettel zur Bundestagswahl als Beispiel (Grafik: eigene Darstellung)

die**Basis** Landesverband Sachsen | Direktkandidaturen

WK 152

WK 154

WK 155

WK 159

WK 156

WK 157

WK 153

WK 165

WK 158

WK 160

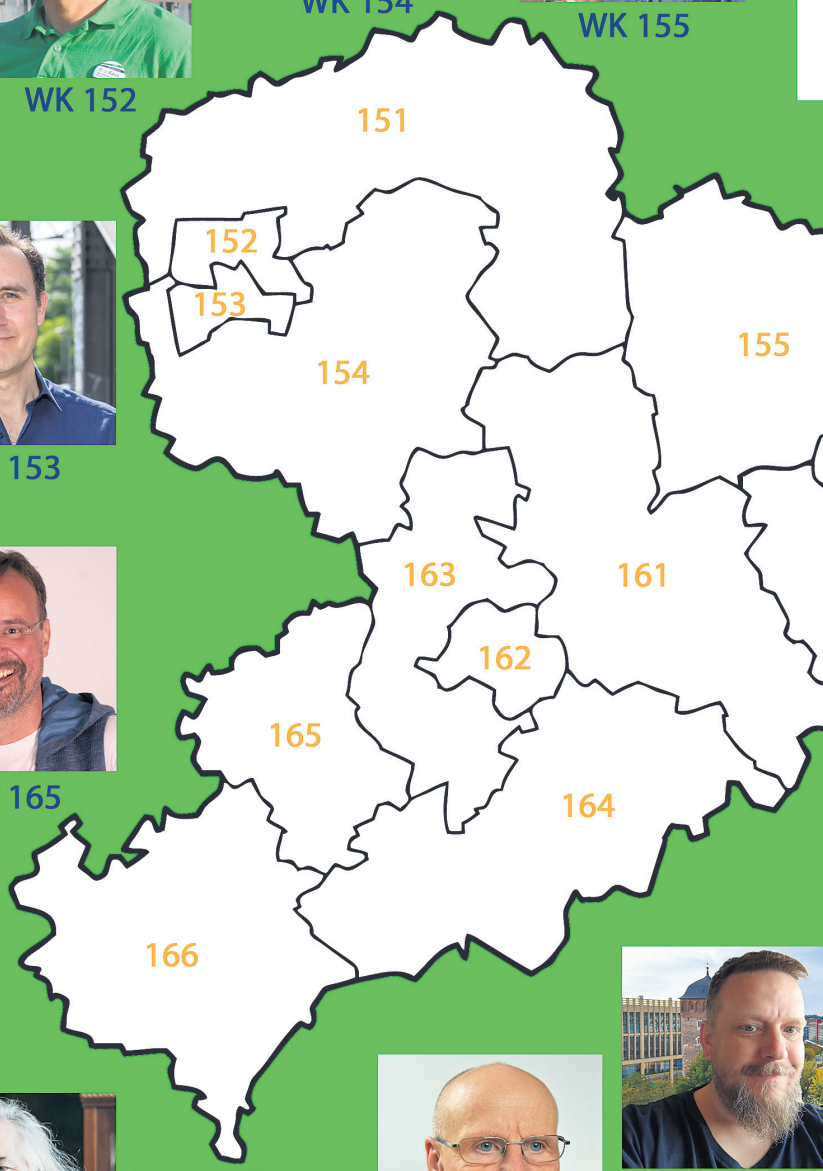
WK 161

WK 162

WK 163

WK 166

WK 164



WK 151 Nordsachsen, Doreen Klinger
WK 152 Leipzig I, Kerry Charles Cherki
WK 153 Leipzig II, Matti Rabold
WK 154 Leipzig-Land, Dr. Christian Toloczyki

WK 155 Meißen, Maik Hoppe
WK 156 Bautzen I , Daniela Trittmacher
WK 157 Görlitz, Stefan Heinke
WK 158 Sächsische Schweiz Osterzgebirge, Roberto Mauksch
WK 159 Dresden I, Constanze Grottker
WK 160 Dresden II + Bautzen II, Anke Althoff

WK 161 Mittelsachsen, Thomas Linke
WK 162 Chemnitz, Norman Lienow
WK 163 Chemnitzer Umland, Erzgebirgskreis II, Jürgen Dreher
WK 164 Erzgebirgskreis I, Grit Weiß
WK 165 Zwickau, Dr. Christoph Heinritz-Bechtel
WK 166 Vogtlandkreis, Mario Falcke

Die Bezirksverbände
Nordsachsen, Ostsachsen und Westsachsen
treten zur Bundestagswahl 2021
in allen 16 sächsischen Wahlkreisen (WK) mit
Direktkandidatinnen und Direktkandidaten an.

(Grafik: eigene Darstellung)

dieBasis steht für Bürgernähe - gegen Lobbyismus - für Freiheit und Grundrechte
Am 26.09. dieBasis wählen mit Erst- und Zweitstimme!

Basisdemokratisches Prinzip erlebbar machen

Burkhardt Platek hat im Wartburgkreis das erste Mandat für die**Basis** gewonnen

Burkhardt Platek (Foto: : privat)

Es war eine Nachricht, die einschlug: Am 20.06.2021 hat die**Basis** bei der Kreistagswahl im thüringischen Wartburgkreis einen Sitz gewonnen. Burkhardt Platek erhielt 2.726 Wählerstimmen, das entspricht 1,6 Prozent. Er ist damit der erste Basist, der sich durch Wahlen ein politisches Mandat sichern konnte. Wir haben mit ihm über seine bisherige Parteiarbeit und weitere Pläne gesprochen.

Du bist als erstes Basismitglied überhaupt in einen Kreistag gewählt worden. Was war Deine erste Reaktion darauf?

Die Auszählung der Stimmen dauerte noch bis nachts und dann hatten wir die Gewissheit: Wir haben einen Sitz im Kreistag des Wartburgkreises gewonnen. Ich war überwältigt, es war einfach großartig. Vorher hatte ich ja noch keinerlei Erfahrung in dieser Hinsicht.

Wie hat Dein Umfeld auf Deine Wahl reagiert?

Durchweg positiv. Ich hatte auch wirklich tollen Zuspruch und phantastische Hilfe im Vorfeld, durch meine Familie und den Kreisverband der Basis-Partei. Auch für die insgesamt 257 Unterstützerunterschriften, die für mich gesammelt wurden, bin ich sehr dankbar. Viele Freunde und Bekannte waren schnell zur Unterschrift bereit, haben die Listen selbst bei den Ämtern eingereicht und einigen Aufwand in Kauf genommen. Das war eine sehr schöne, menschliche Erfahrung.

Wann bist Du in dieBasis eingetreten und wie wurdest Du auf die Partei aufmerksam?

Ich bin seit Februar 2021 Basis-Mitglied. Auf die Partei gestoßen bin ich durch meinen Freund Andreas Wolfschlag, der ebenfalls im Vorstand der Basis im Wartburgkreis ist. Wir wollten etwas gegen die gesellschaftlichen Probleme unternehmen und begannen, uns intensiv mit den Inhalten der Basis-Partei auseinanderzusetzen. Von den vier Säulen war ich gleich überzeugt. Ich denke, darauf kann man im wahrsten Sinne des Wortes etwas Neues aufbauen.

Warst Du vorher schon politisch aktiv?

Nein, es ist das erste Mal. Und deshalb ist das jetzt alles neu und besonders spannend für mich.

Wie empfindest Du die bisherige Entwicklung der BasisPartei?

Ich denke, wir haben in der Kürze der Zeit schon viel erreicht, quasi von 0 auf 100 beschleunigt. Dafür, dass dieBasis noch sehr jung ist und viele Mitglieder noch keinerlei politische Erfahrung haben, läuft vieles schon sehr professionell. Natürlich freue ich mich auch über unser Wachstum. In unserem Landkreis haben wir mit sieben Leuten begonnen und sind jetzt bei 21 Mitgliedern.

Was möchtest Du mit der Basis für Deinen Landkreis erreichen?

Ich hoffe, dass wir den Politikbetrieb nach außen an die Menschen herantragen, also das basisdemokratische Prinzip tatsächlich für alle erlebbar und erfahrbar machen. Die Politikverdrossenheit ist doch vielerorts recht groß. Wir wollen zeigen, dass wir niemanden vereinnahmen möchten, sondern sich tatsächlich jeder aktiv einbringen kann. Der Satz: „Wir können ja eh nichts machen“, zählt für mich nicht. Das wollen wir den Leuten behutsam klarmachen, ganz ohne Vorwürfe.

Worin siehst Du die größten Stärken der Basis?

Auf jeden Fall in den vier Säulen. Wenn sich alle immer wieder darauf besinnen, dann kann der Basis eigentlich nichts passieren. Sie sind die Pfeiler der Basisdemokratie.

Und wo hat die Partei noch Schwächen?

Wir müssen bekannter werden und unsere Strukturen weiter ausbauen. Außerdem sollten wir uns nicht in die Schublade „Corona-Kritiker“ stecken lassen. Corona ist ein wichtiges Thema, aber dieBasis ist natürlich viel mehr als das. Wir wollen ja eine andere Politik machen und das auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

Was plant ihr im Landkreis noch bis zur Bundestagswahl?

Wir setzen unsere regelmäßigen Stammtischtreffen weiter fort, wollen durch Podiumsdiskussionen unseren Bekanntheitsgrad stärken und mit den Menschen im Gespräch bleiben. Natürlich hoffen wir, dass unser Direktkandidat Andreas Wolfschlag es in den Bundestag schafft, ebenso wie unsere ersten beiden Thüringer Listenkandidaten Ulrike Kämmerer und Uli Masuth. Aber selbst, wenn wir es nicht schaffen sollten, geht das Leben weiter. Die Wahlen sind nicht alles. Wir müssen weiter an unseren Werten arbeiten.

Burkhardt Platek ist 61 Jahre alt und wohnhaft in Bad Salzungen, Thüringen.
Von Beruf:
Dipl.-Ingenieur, Pädagoge und Immobilien-Makler. Er ist verheiratet und hat eine Tochter.

Grit Wolkowicz

Die vier Säulen der Basisdemokratischen Partei Deutschland sind essentiell

Freiheit | Machtbegrenzung | Achtsamkeit | Schwarmintelligenz

Auszug aus der Präambel

Die Basisdemokratische Partei Deutschland vereinigt Menschen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, des Standes, der Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und des Bekenntnisses, die beim Aufbau und Ausbau eines demokratischen Rechtsstaates und einer modernen freiheitlichen Gesellschaftsordnung, geprägt vom Geiste sozialer Gerechtigkeit, mitwirken wollen.

Totalitäre, diktatorische und/oder gewalttätige Bestrebungen jeder Art lehnt die **Basisdemokratische Partei Deutschland** entschieden ab. Unsere wichtigsten Grundrechte sind die Freiheitsrechte. Diese überragen alle anderen Grundrechte. Eine freiheitliche Gesellschaft ist nur vorstellbar, wenn Macht begrenzt ist und ihre Ausübung vom Souverän, dem Volk, kontrolliert wird. Ziel ist ein liebevoller, friedlicher Umgang für- und miteinander, bei dem das Menschsein und die Menschlichkeit des anderen immer Beachtung finden.
Dem Menschen wohnt eine Schöpferkraft inne, die für eine Erneuerung in der Politik genutzt werden soll. Was dem Leben, der Liebe und der Freiheit dient, muss aufgebaut, gefördert und geschützt werden. Ziel der Partei die**Basis** ist es, den Bürgerinnen und Bürgern Gehör zu verschaffen, die Freiheits- und Grundrechte zu sichern und politische Eigenverantwortung zu ermöglichen.

Auszug aus dem Programm

Die Gesellschaft befindet sich in einem Wandel, der alles erfassen wird. Dieser Wandel soll friedlich, freiheitlich und in einem gemeinsamen Für- und Miteinander geschehen. Alles beginnt mit einem liebevollen Umgang mit sich selbst und seinem Nächsten und kann nur auf diese Art fortgesetzt werden.
Immer mehr Menschen erkennen, dass wir mit unserem bisherigen politischen und wirtschaftlichen System an eine Grenze gekommen sind, die grundlegendes Umdenken und mutiges neues Handeln erfordert. Trotz vielfältiger Ideen und Initiativen fehlt aber meist der politische Wille, neue Konzepte gesellschaftlich umzusetzen. Die **Basisdemokratische Partei Deutschland** steht dafür, dass neue Ideen und Handlungsimpulse auch politisch verwirklicht werden können. Politik muss die Teilhabe der Menschen an den Entscheidungen, die über ihr Leben bestimmen, ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Demokratie auf allen politischen Ebenen durch die Möglichkeit direkter, basisdemokratischer Mitbestimmung transformiert wird. Wir setzten uns für die Gleichbehandlung der Menschen ein und stellen uns entschieden gegen jede Form von Diskriminierung.
Wir sehen ein grundlegendes Problem der gegenwärtigen Menschheitskrise darin, dass immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wirtschaftlichen Maximen der Gewinnmaximierung und/oder dem politischen Machtgewinn und -erhalt untergeordnet werden.

Zeitfenster für eine bessere Gesellschaft

Für Kerry Charles Cherki lässt sich Freiheit nicht einsperren

Kerry Charles Cherki ist unser Spitzenkandidat auf Listenplatz 3 und Direktkandidat Wahlkreis 152 - Leipzig I. (Foto: Grit Wolkowicz)

Wenn Kerry Charles Cherki dynamisch und gut gelaunt mit seinem Rollstuhlfahrrad um die Ecke biegt, wird schnell klar: Der Mann steckt voller Tatendrang und möchte etwas bewegen. Doch eigentlich hat der 50-Jährige zwei Seiten. Da ist zum einen der rationale und in Zahlen denkende Kaufmann und zum anderen der spirituelle, ewig suchende Mensch, der sich eine bessere Gesellschaft wünscht. Der Wahl-Leipziger hat in seinem Leben schon viele Hindernisse gemeistert und sich dabei nie unterkriegen lassen. In der Basisdemokratischen Partei hat er eine politische Heimat gefunden. „Hier werde ich mich nach Kräften engagieren und übernehme gern Verantwortung", sagt er.

Kindheit und Jugend in Rheinland-Pfalz

Der 5. Juli 1999 war für Kerry Charles Cherki ein Wendepunkt seines Lebens. Bei einem Motorradunfall infolge einer Ölspur stürzte er unglücklich und verletzte sich das Rückenmark. Seitdem sitzt er im Rollstuhl, aber hadert keineswegs mit seinem Schicksal. Kerry Charles Cherki lebt mit seiner Frau und seinen beiden Kindern, elf und vier Jahre alt, in Leipzig. Der Sohn einer deutschen Mutter und eines amerikanischen GI wurde in Bitburg geboren und verbrachte den Großteil seiner Kindheit und Jugend in Baumholder, wo sich eine der größten US-Garnisonen Deutschlands befand. Sein Vater wurde kurz vor seiner Geburt nach Korea abgezogen, er sollte ihn erst vier Jahrzehnte später kennenlernen. So wuchs Kerry Charles Cherki mit seinen beiden Geschwistern bei seiner alleinerziehenden Mutter auf, besuchte die Hauptschule und später die Sekundarschule. Eigentlich wollte er nach der 10. Klasse zum Bundesgrenzschutz gehen und schaffte es sogar bis in die letzte Auswahlrunde. Doch dann machte ihm eine bis dahin nicht erkannte Morbus-Schlatter-Erkrankung einen Strich durch die Rechnung. Deshalb musste Plan B greifen: eine kaufmännische Ausbildung und später das Fachabitur. Am Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier studierte er Umwelt- und Betriebswirtschaft, arbeitete als studentische Hilfskraft am Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) und war zudem Referent für Hochschulpolitik im allgemeinen Studierenden-Ausschuss (AStA). Nach seinem Hochschulabschluss 2003 war er im Umweltinstitut IfaS als freier Mitarbeiter im Bereich Kommunikation und Marketing tätig. Zu dieser Zeit sammelte er auch erste Erfahrungen in der Kommunalpolitik, in der Regionalentwicklung und im Regionalmarketing.

Tanzclub und Ehrenamt in Leipzig

Mit seiner späteren Ehefrau, die aus Thüringen stammt, zog Kerry Charles Cherki Anfang der 2000er nach Jena. „Dort entstand meine Idee, ein eigenes Café zu eröffnen. Ich hatte Gastronomieerfahrung und eine kaufmännische Ausbildung. Doch das Unterfangen erwies sich aufgrund der Immobiliensuche als schwierig", sagt er. Dann tat sich eine Möglichkeit in Leipzig auf. Statt eines Cafés eröffnete er dort im Jahr 2008 einen Musik- und Tanzclub nahe der Innenstadt. Den Club führte er knapp sechs Jahre lang. In den vier Jahren danach arbeitete Kerry Charles Cherki im Social-Media-Bereich und Online-Marketing. Seit November 2019 ist er als Kundenberater im Call-Center für eine große deutsche Bank tätig. Auch ehrenamtlich engagiert er sich. Er ist 1. Vorsitzender in einem Verein für Menschen im Rollstuhl und ebenso einer Gesellschaft für Ökologie und Sozialforschung.

Die Suche nach seinem Vater und nach sich selbst

Privat steht die Familie an erster Stelle. Die Geburt seiner Tochter erweckte in ihm den Wunsch, nach seinem Vater zu suchen. „Ich habe acht Jahre intensiv recherchiert und ihn mit viel Hilfe von Behörden und der in Berlin ansässigen Organisation GI-Trace endlich ausfindig gemacht." Der inzwischen über 80-jährige, längst pensionierte Oberstabsfeldwebel lebt in Texas. Die erste Begegnung war mit großer Aufregung verbunden – „und dann war es so, als ob ich jemanden treffe, den ich schon lange kenne", sagt Kerry Charles über seinen Vater, von dem er nicht nur seinen zweiten Vornamen, sondern auch eine große Ähnlichkeit geerbt hat. Seitdem gehören regelmäßige Besuche in den USA zu seinem Leben. Auch mit der Familie war er schon dort.

Eintritt in dieBasis und doppelte Kandidatur

Kerry Charles Cherki war immer schon politisch interessiert, gehörte aber nie einer Partei an. Das änderte sich am 6. Februar 2021. Nachdem er ein Interview von Gunnar Kaiser mit David Claudio Siber, dem bundespolitischen Koordinator der Basisdemokratischen Partei Deutschland gesehen hatte, war er begeistert. „Das Vier-Säulen-Prinzip hat es mir gleich angetan, vor allem der philosophisch grundierte Begriff der Achtsamkeit." Noch in derselben Nacht stellte er seinen Mitgliedsantrag. Danach ging es Schlag auf Schlag. Er nahm an der Gründungsveranstaltung des Bezirksverbands Nordsachsen teil und wurde stellvertretender Vorsitzender. Auch als es um die Listenplätze und Direktmandate für die Bundestagswahl ging, stellte er sich zur Verfügung. „Ich hatte schnell den Rückhalt der anderen Mitglieder – das war eine schöne Erfahrung", sagt er. Mit seiner Partei möchte er die Basisdemokratie ins Parlament tragen und damit eine direkte Bürgerbeteiligung an allen wichtigen Entscheidungen erreichen. Als Kaufmann und Betriebswirt ist ihm eine große Steuerreform ein besonderes Anliegen – „unser jetziges Steuersystem ist zu kompliziert und ungerecht". Auch das Rentensystem bedarf in seinen Augen einer Reformierung: „Hier sollte die Lebensleistung eines Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht allein die Jahre der Erwerbstätigkeit. Auch Kindererziehung und Ehrenamt sollten mit einfließen. Eine einfache und Sinn stiftende Maßnahme wäre die Anrechnung von Tätigkeit im Ehrenamt mit Rentenpunkten. Denn ehrenamtliches Engagement wirkt sich positiv auf das gesamtwirtschaftliche Sozialprodukt aus. Nicht zuletzt liegt ihm das Bildungssystem am Herzen: modern, praxisnah und weg vom Frontalunterricht – das ist seine Vision.

Grit Wolkowicz

Freiheit

Freiheitsrechte sind die wichtigsten Grundrechte.

Eine freiheitliche Gesellschaft kann es nur geben, wenn Macht und Machtstrukturen begrenzt und kontrolliert werden.

Freiheit bedeutet, dass alle mündigen Menschen bei Entscheidungen, die sie betreffen, ein Mitspracherecht haben.

Basisdemokratie ist ein wesentlicher Bestandteil der Freiheit.

Corona-Impfungen auch für unsere Kinder?

Es fehlt an aussagekräftigen Belegen für Sicherheit und Wirksamkeit

Interview mit Dr. Christian Toloczyki, Molekularbiologe und Direktkandidat im Wahlkreis 154 Leipziger Land

Dr. Toloczyki ist auf dem Sektor von Gewebezüchtung, Zelltherapie sowie gentherapeutischen Arzneimitteln tätig. Seit über 25 Jahren beschäftigt er sich beruflich mit der Zulassung von Arzneimitteln, darunter auch Impfstoffe. Er unterstützt Firmen mit seiner Expertise darin, Gewebeprodukte und Impfstoffe für die Krebstherapie in klinischen Studien international zur Anwendung und zur Zulassung zu bringen und stand in der Vergangenheit in engem Kontakt mit dem Paul-Ehrlich-Institut sowie der europäischen Arzneimittelagentur. Heute berät er auf freiberuflicher Basis Firmen, die von seinen Kenntnissen und Erfahrungen profitieren.
Die Ständige Impfkommssion (STIKO) hatte sich zunächst gegen eine generelle Impfempfehlung für Kinder ausgesprochen, da nicht ausreichend Daten zur Sicherheit des Impfstoffes vorliegen. Auf politischen Druck hin ist die Kommission jetzt umgekippt und unterstützt die Bestrebungen der Regierung. Das Interview wurde vor dieser neuen Entwicklung geführt.

Wie sieht hier die Studienlage aus? Kannst du die Entscheidung der STIKO nachvollziehen?
Die STIKO sieht die Impfung grundsätzlich als Eingriff an, der mit Komplikationen verbunden sein kann. Da insbesondere bei Kindern eine Corona-Infektion in aller Regel harmlos verläuft, gibt [gab] sie keine generelle Empfehlung für die Impfung von Kindern aus, sondern nur von Kindern, die im Fall einer Corona-Infektion ein erhöhtes Risiko für COVID-19-Komplikationen haben.
Gemäß den vorliegenden Studien kann derzeit nur von einem geringfügigen Nutzen der COVID-19-Impfung ausgegangen werden. Die Effekte in Vergleichsgruppen mit bzw. ohne Impfung unterschieden sich kaum voneinander. Nebenwirkungen und Todesfälle durch die COVID-19-Impfung häufen sich und zu Langzeitrisiken ist so gut wie nichts bekannt. Die Entscheidung der STIKO ist [war] zu begrüßen, auch wenn ich mir eine im Grundsatz wesentlich kritischere Haltung gewünscht hätte, nicht nur bei Kindern.

Welche Corona-Impfstoffe sind in der EU durch die EMA für Kinder ab 12 Jahren zugelassen? Und wie sicher sind diese Impfstoffe?
Über eine volle Marktzulassung verfügt keiner der verfügbaren COVID-19-Impfstoffe. Es fehlen durchweg aussagekräftige Belege für die Sicherheit wie auch für die Wirksamkeit. Es gibt lediglich bedingte Zulassungen, bei denen diese Nachweise noch zu liefern sind. Für Kinder ab 12 Jahren ist unter diesem Vorbehalt der von Biontech und Pfizer entwickelte mRNA-Impfstoff Comirnaty bedingt zugelassen.

Impfzentren — eine bedenkliche Entwicklung (Grafik: Pixabay)

Die Sächsische Impfkommission gibt eine generelle Impfempfehlung ab 12 Jahren. Macht man für die Corona-Impfung bei Kindern eine Risiko-Nutzen-Abschätzung – wie sieht diese aus?
Der Sächsischen Impfkommission liegen die gleichen Daten vor wie der STIKO. Auch ihr fehlen Daten zum Langzeitrisiko. Es erscheint geradezu grotesk, dass genau diese Altersgruppe mit nur leichten Verläufen bei einer Corona-Infektion durch eine Impfung derart krank gemacht werden soll, wie in der Zulassungsstudie von Biontech mit 2.260 Probanden dokumentiert ist, mit Müdigkeit/Abgeschlagenheit (78%), Kopfschmerz (76%), Schüttelfrost (49%), Muskelschmerzen (42%), Fieber (24%), Gelenkschmerzen (20%) und schweren Lokal- und systemischen Reaktionen mit einer Häufigkeit von bis 2,4%.

Mit welchen Nebenwirkungen ist zu rechnen?
Neben den bereits berichteten Nebenwirkungen wurden in einer weiteren Untersuchung in etwa zwei Drittel der Fälle im Blutbild Störungen der Gerinnungshemmung gefunden. Darauf lassen sich berichtete schwere Komplikationen wie Herzmuskel- und Herzbeutelentzündungen, Thrombosen, Embolien, Schlaganfälle wie auch Todesfälle zurückführen.

Es treten vermehrt Herzmuskelentzündungen in Verbindung mit den Corona-Impfungen in der Altersgruppe 12-17 auf. Wie sind diese zu erklären?
Die Corona-Impfstoffe führen zu Veränderungen im Gerinnungssystem. Die Blutzellen verklumpen, es kommt zu Verstopfungen in den kleinsten Gefäßen, den Kapillaren. Im Herzen führt dies zu Herzmuskelentzündungen.
Eine mögliche Langzeitwirkung, die man auch schon bei anderen Impfstoffkandidaten fand, ist die Verstärkung der Immunantwort: Die vom Immunsystem gebildeten Antikörper binden zwar das Virus, machen es aber nicht unschädlich. Sie führen zu einer überschießenden Immunreaktion, dem so genannten Zytokinsturm, der gefürchtet ist, weil er nicht unter Kontrolle gebracht werden kann und unweigerlich zum Tode führt.

Durch die Impfung wird der Körper gezwungen, das Spike-Protein des Virus in allen Zellen, in die die genetische Information eindringt, in Massen zu produzieren. Dies kann v.a. bei Kindern dazu führen, dass das Immunsystem nicht mehr unterscheidet zwischen dem Spike-Protein und der Zelle, die das Spike-Protein herstellt, und die gesamte Zelle als fremd erkennt und angreift. Dies könnte auch dazu führen, dass eine Zelle, die kein Spike-Protein herstellt, ebenfalls plötzlich als fremd erkannt und angegriffen wird. *Myriam Kuntze*

Das komplette Interview: www.diebasis-sachsen.de.

So optimieren Sie Ihr Immunsystem!

Besonders im Winter sind wir anfälliger für Erkältungskrankheiten. Es ist aber nicht so, dass wir Husten, Schnupfen, Heiserkeit und Grippe hilflos ausgeliefert sind. Wie Sie wissen, sind manche Zeitgenossen praktisch nicht zu infizieren, während andere jede Erkältung aufschnappen. Was können wir, von diesen Immunen, denen offenbar kein Virus etwas anhaben kann, lernen?
Dieses 4-Punkte System sollten Sie beachten:
Erstens benötigt ein kompetentes Immunsystem einen hohen Gesamt-Eiweiß-Spiegel im Blut. 7.7 g/dl ist die magische Grenze, die wir mindestens erreicht haben sollten. Bei tieferen Werten werden die eher katabolen (abbauenden) Prozesse des Körpers unterstützt – auch die des Immunsystems. Höhere Werte dagegen begünstigen die anabolen (aufbauenden) Prozesse – auch die körpereigene Abwehr. Beim nächsten Arztbesuch sollten Sie diesen wichtigen Wert mit messen lassen. Eines vorweg: Die meisten Menschen haben einen eher zu niedrigen Wert.
Zweitens müssen Sie Ihr Immunsystem „impfen". Damit ist aber nicht die Grippeschutzimpfung beim Hausarzt gemeint. Sie können sich selbst impfen, indem Sie übertriebene Hygiene bewusst vermeiden. Kleine Kinder führen – das ist ein angeborener Reflex der Natur – alles, was sie zu fassen bekommen, zum Mund. Kontamination mit etwas „Schmutz" (Bakterien und Viren) ist ein wichtiger Faktor, um das Immunsytem aktiv zu halten. Sagrotan-Mütter haben die anfälligsten Kinder. Fazit: weniger etepetete, keine übertriebene Angst vor etwas gesundem Schmutz. Die tägliche Dusche sollten Sie aber – auch im Interesse Ihrer Mitmenschen – beibehalten.
Drittens benötigt unser Immunsystem zur optimalen Funktion gerade in der kalten Jahreszeit ausreichend Vitamine, Mineralien und Spurenelemente. Dass ohne genügend Zink das Immunsytem nur auf Sparflamme läuft, weiß heute jedes Kind. Doch kümmern wir uns auch um einen ausreichenden Zinkspiegel im Blut? Vitamin C, der wichtige B-Komplex, Folsäure, Biotin und die wichtigen Bioflavonoide sind ebenfalls wichtige Katalysatoren des Immunsystems. Wenn man mit diesen natürlichen Stoffen in der richtigen Konzentration versorgt ist, dann ist das schon mehr als die „halbe Miete". Meinen Patienten empfehle ich daher, gerade im Winter auf eine ausreichende Versorgung zu achten. Bitte vergessen Sie die herkömmlichen Nahrungsergänzungen – die sind nämlich allesamt zu schwach dosiert. Deutlich höher dosiert sind die so genannten „bilanzierten Diäten", die ein Vielfaches von dem enthalten, was Nahrungsergänzungen liefern.
Viertens unterstützt jede Art der Ausdauerbewegung das Immunsystem. Gerade wenn es stürmt, regnet oder schneit, ist Bewegung besonders wichtig. Das berichten mir all die Patienten, die ungeachtet der Witterung, versehen mit entsprechender Kleidung und versorgt mit den Vitaminen und Spurenelementen, auch im Winter ihre Runden drehen.
Was viele nicht wissen: Das optimale Immunsystem schützt uns nicht nur gegen Bakterien und Viren – sondern sogar gegen Krebs. Entartete Zellen können und müssen vom kompetenten Immunsystem aufgespürt und vernichtet werden. Grund genug, sich um diesen mächtigen Garanten unserer Gesundheit zu kümmern!

Dr. Michael Spitzbart (dr.spitzbart.com)

„Ich bin in der Basis, weil …“

Mitglieder aus allen 3 sächsischen Bezirksverbänden berichten über ihre Motivation

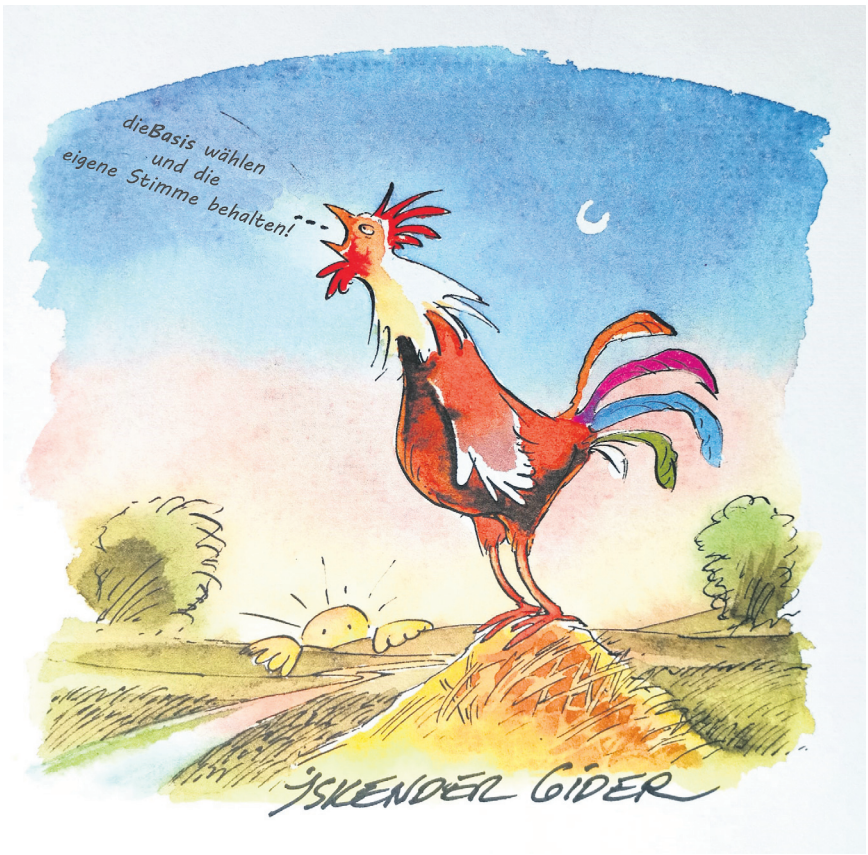
„Ich bin in der Basis, weil ich finde, dass Politik immer im Interesse der Bevölkerung gemacht werden sollte.“
Ulrike Herrmann-Kastl (53)
Markkleeberg,
Dipl.-Ing. Verfahrenstechnik

„Ich bin in der Basis, weil ich dabei mithelfen möchte, den Zusammenhalt in der Bevölkerung wiederherzustellen.“
Jörg Neumann (51)
Markkleeberg, Elektroinstallateur

„Ich bin in der Basis, weil ich glaube, dass wir als mündiges Volk selbst über unsere Zukunft entscheiden sollten – vor allem mit gesundem Menschenverstand und gegenseitiger Achtung voreinander.“
Minna Barbara Schilde (20)
Leipzig, Studentin der Museologie

„Ich bin in der Basis, weil in der Medizin wieder der Mensch in den Mittelpunkt gestellt werden muss und nicht der Profit.“
Dr. Notker Baum (66)
Dölzig, Apotheker a.D.

„Ich bin in der Basis, weil ich nicht mehr ohnmächtig den Entscheidungen und Maßnahmen einer kleinen Regierungselite gegenüberstehen, sondern an der ‚Macht der Vielen‘ teilhaben möchte. Daher unterstütze ich die Errichtung einer Demokratie, in der ich jederzeit gleichberechtigt mitbestimmen kann.“
Harald Schmitt (64)
Plauen, Maschinenbauingenieur



„Ich bin in der Basis, weil sie als einzige Partei das ideale Konzept und den nötigen Freiraum bietet, sinnvolle und kluge Politik zu machen, die das Wohl aller im Auge hat. Unsere Kinder haben eine Zukunft verdient, in der respektvoller Umgang, kompromisslose Selbstbestimmung und die Ausübung aller Freiheitsrechte Normalität sind.“
Ralf Heinrich (40)
Coswig, Entwicklungsingenieur

„Ich bin in der Basis, weil es mein Wunsch ist, dass alle Bewohner unseres Landes frei und unbeschwert leben können. Lobbyismus und gekaufte Politiker zerstören unsere Zukunft.“
Martin Lingner (67)
Leipzig, Rentner

„Ich bin in der Basis, weil ich mit Herz, Verstand und Menschlichkeit etwas bewegen möchte. Mir konnte nichts Besseres passieren als diese Partei, in die ich mich als aktive und jung gebliebene Seniorin bestmöglich einbringen kann.“
Christine Schetelich (74)
Plauen, Rentnerin

„Ich bin in der Basis, weil es mir guttut, hier viele Gleichgesinnte zu treffen. Wir alle versuchen, in der angespannten Situation derzeit eine menschliche und liebevolle Lösung zu finden.“
Hans-Werner Göldel (73)
Leipzig, Rentner mit Minijob

Demokratie ist kein Vorrecht der Parteien - Demokratie gehört in die Hand des Souveräns

die**Basis** finden Sie auf dem Stimmzettel auf Platz 15.

Die Wahl zum 20. Bundestag wird richtungsweisend.

Echte Demokratie geht vom Volk aus!

„Wer Widerstände abbaut, kommt schneller zur Lösung“

Die Methode des systemischen Konsensierens hebt die**Basis** von anderen Parteien ab

Seminarleiterin Kerstin Neuhausen

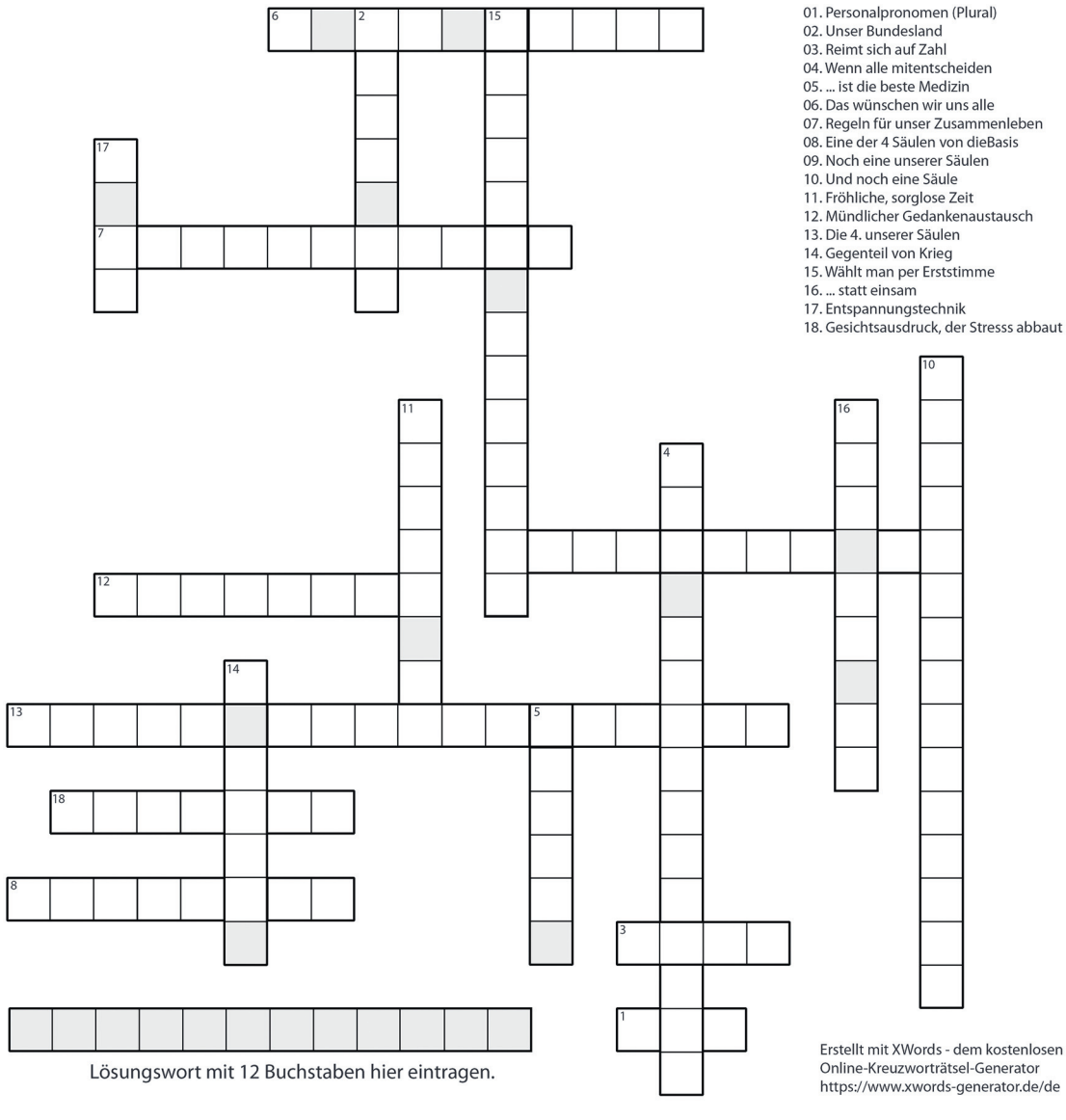
„Das hätte ich gebraucht, als noch alle vier Kinder zu Hause gelebt haben! Denn mit systemischem Konsensieren kommst du richtig nah an das, was alle wollen“, fasst Seminarteilnehmerin Jana zusammen. An einem Sonntag im Juli dieses Jahres kommen Parteimitglieder im sächsischen Rechenberg zusammen, um sich in das systemische Konsensieren einzuarbeiten. Es leitet sich vom Konsens, also der Übereinstimmung her. Diese Methode des Abstimmens wird bei der Entscheidungsfindung in der Partei eingesetzt. Dadurch heben sich die Basisdemokraten von anderen Parteien ab. „Abstimmungsmethoden gibt es viele“, erklärt Seminarleiterin Kerstin Neuhausen. Doch beim systemischen Konsensieren geht es nicht in erster Linie um das Abstimmungsergebnis, sondern darum, einen Prozess der Meinungsbildung in der Gruppe zu durchlaufen. Es hängt eng mit dem Konzept der gewaltfreien Kommunikation zusammen und versucht, auf Einwände einzugehen, die in der jeweiligen Gruppe bestehen. „Es geht darum, das Bauchweh zu einem Thema aufzudecken“, so Neuhausen. Dabei gilt es zu verstehen, dass nicht in erster Linie nach der Zustimmung gefragt wird, sondern nach der geringsten Ablehnung.

Das erste große Missverständnis, das an diesem sonnigen Vormittag ausgeräumt werden muss, ist die Frage, ob so nur danach gefragt wird, was einem egal ist. „Es wird nach dem geringsten Widerstand gefragt. Wenn ich mit etwas kein Problem habe, dann ist es mir nicht egal“, erklärt Neuhausen und fragt erst einmal nach, welche Methoden einen Konsens zu finden die Seminarteilnehmer bisher kennen. Losverfahren, Punktesystem, und der Hammelsprung werden unter anderem genannt. Bei letzterem gehen die Abgeordneten eines Parlaments bei der Abstimmung durch Türen. Bei allen Verfahren geht es darum, die meiste Zustimmung zu einem Vorschlag zu finden. Doch es ist wichtig, die Contra-Stimmen zu hören. „Wenn jeder gehört wird mit seinen Bedenken, führt das zu einer Befriedung in der Gruppe. Wenn Widerstände so abgebaut werden, gibt es schneller eine Lösung“, sagt Neuhausen und lässt zwei ihrer Teilnehmer zum Armdrücken antreten: Christoph und Antje setzen ihre ganze Kraft ein, um dem anderen den Arm nach unten zu drücken. „Wir sind so sehr darauf konditioniert, dass es um‘s Gewinnen geht, dass es nicht leicht fällt, umzudenken“, resümieren sie. „Die konsensierte Lösung erzeugt die geringste Unzufriedenheit“, sagt Neuhausen und geht mit ihrer Gruppe praktische Beispiele durch. Es braucht immer eine offene Frage, die zur Abstimmung gestellt wird, dazu eine Handvoll erklärende Sätze und mehrere Abstimmungsmöglichkeiten. Darunter sollte auch immer die sogenannte Passivlösung sein. Neuhausen stellt fest: „Die Passivlösung zu finden, damit haben die meisten Gruppen ihre Probleme, denn sie bedeutet, dass sich nichts ändert.“ Wenn zum Beispiel ein Mitspieler den Skatabend verlegen möchte, dann bedeutet die Passivlösung, dass sich nichts ändert und der Vorschlag nicht angenommen wird.

Welchen Erfolg die Passivlösung bringen kann, stellt Erich Visotschnig immer wieder fest. Visotschnig ist ein Miterfinder des systemischen Konsensierens. Der Autor hat unter anderem den ersten Landesparteitag der Basis in Sachsen im Mai 2021 moderiert und erzählt gerne die Begebenheit, wie er an einer Universität half, die Sprachlehrgänge neu zu sortieren. „Es herrschte richtig dicke Luft im Institut, unter den Mitarbeitern gab es massive Konflikte“, erinnert er sich. Im ersten Versuch hatte das Institut normal abgestimmt. Der Siegervorschlag hatte aber nur neun von 36 möglichen Ja-Stimmen erhalten. „Das hieß im Umkehrschluss, dass die meisten Mitarbeiter diesen Vorschlag ablehnten. Als ich hinzukam und sagte, dass wir nach Widerständen fragen würden, herrschte plötzlich Ruhe im Raum.“ Visotschnig fügte den ursprünglich sieben Vorschlägen die Passivlösung hinzu und ließ neu abstimmen. Jeder Vorschlag konnte mit zehn möglichen Widerstandspunkten bewertet werden. Diese Punkte wurden pro Vorschlag zusammengezählt und jener mit den wenigsten Widerstandspunkten wurde zum Favoriten. Im Ergebnis rutschte der ursprüngliche Sieger ans Ende der Liste und mit Platz eins und zwei wurde weiter geplant. Die Bewertung des Widerstands, den die Gruppe gegen einen Vorschlag hatte, lieferte eine Lösung, die größtmögliche Akzeptanz erhielt.

Kerstin Neuhausen und ihre Gruppe sind inzwischen beim Schnell-Konsensieren angelangt: Hier wird jede erhobene Hand als Widerstand, also Einwand gegen einen Vorschlag gezählt. Jeder hat zwei Hände, folglich auch zwei Stimmen. Diese werden erneut addiert und der Vorschlag mit dem wenigsten Widerstand wird angenommen. So arbeitet die Gruppe schnell heraus, womit alle am besten leben können. „Den Einwänden wird so extra Raum gegeben“, sagt Neuhausen. Die Gruppe merkt aber auch, dass es darauf ankommt, ehrlich abzustimmen und an einer friedlichen Lösung interessiert zu sein. „Nehmt dieses Prinzip mit nach Hause und probiert es mit Familie und Freunden aus!“, fordert Neuhausen ihre Teilnehmer auf. Schließlich ist es immer gut, Probleme so zu lösen, dass alle damit leben können.

Eva-Maria Kasimir



01. Personalpronomen (Plural)
02. Unser Bundesland
03. Reimt sich auf Zahl
04. Wenn alle mitentscheiden
05. ... ist die beste Medizin
06. Das wünschen wir uns alle
07. Regeln für unser Zusammenleben
08. Eine der 4 Säulen von dieBasis
09. Noch eine unserer Säulen
10. Und noch eine Säule
11. Fröhliche, sorglose Zeit
12. Mündlicher Gedankenaustausch
13. Die 4. unserer Säulen
14. Gegenteil von Krieg
15. Wählt man per Erststimme
16. ... statt einsam
17. Entspannungstechnik
18. Gesichtsausdruck, der Stresss abbaut

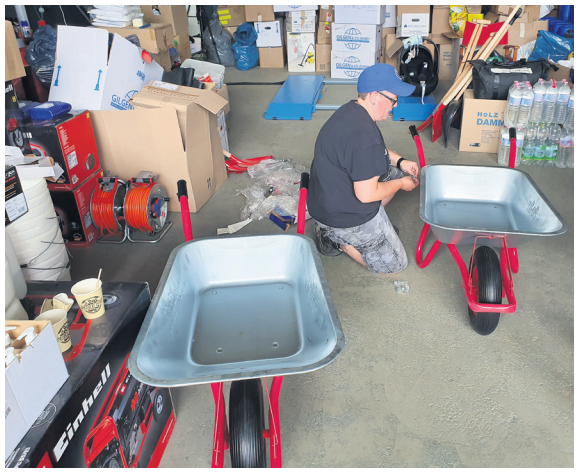
Lösungswort mit 12 Buchstaben hier eintragen.

Erstellt mit XWords - dem kostenlosen Online-Kreuzworträtsel-Generator https://www.xwords-generator.de/de

Schnelle Hilfe im Hochwassergebiet

die**Basis** Sachsen organisierte Sachgütertransporte für betroffene Menschen in Bad Neuenahr

Straße in Bad Neuenahr nach der Flutkatastrophe (Foto: privat)



Materiallager (Foto: privat)

Autowrack im Schutt (Foto: privat)

Unterspülter Gehweg in Bad Neuenahr (Foto: privat)

Es waren erschütternde Bilder, die Mitte Juli aus den Hochwassergebieten in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz durch die Medien gingen. Eine Flutkatastrophe ungeahnten Ausmaßes zerstörte innerhalb weniger Stunden ganze Dörfer und brachte Tausende von Menschen um ihre gesamte Existenz. Mindestens 180 Todesopfer sind zu beklagen. Die Zahl wird wahrscheinlich jedoch aufgrund der vielen Vermissten am Ende noch viel höher ausfallen. Erste Helfer in der Not waren die Landwirte und Unternehmer vor Ort, die neben ihren Maschinen, Fahrzeugen und Gerätschaften auch tagelang ihre gesamte Manpower aufboten und bis zur Erschöpfung Schlamm und Schutt beseitigten, Betroffene in Sicherheit brachten und Unterstützung organisierten. Behördliche Hilfe traf erst mit großer Zeitverzögerung ein.

Auch der Basis-Partei Sachsen war es ein großes Anliegen, im Hochwassergebiet zu helfen. Eines unserer Mitglieder hatte aus früherer Zeit Kontakte nach Bad Neuenahr-Ahrweiler, einem der am schlimmsten betroffenen Orte. Schnell bildete sich zwischen Sachsen und Rheinland-Pfalz ein Netzwerk. Was wird vor Ort gebraucht? Wie können wir konkrete Hilfe für konkrete Menschen anbieten? Diese Fragen wurden innerhalb kürzester Zeit geklärt. Unser Hauptkoordinator Günter Brötzmann initiierte eine Sammelaktion von gespendeten Hilfsgütern, die rund um Chemnitz gelagert und eingesammelt wurden: Babynahrung, Wasser, Konserven, Batterien, Unterwäsche, Tetanus- und Diphterie-Impfstoff – der Bedarf war umfangreich. Dank vierstelliger Geldspenden konnten unterwegs noch Notstromaggregate, Hochdruckreiniger, Kabeltrommeln und Ventilatoren gekauft werden.

Zunächst machten sich drei Transporter auf den Weg nach Bad Neuenahr. Wenige Tage später begab sich Günter Brötzmann noch ein zweites Mal ins Hochwassergebiet. Seine Eindrücke schildert er so: „Wir fanden völlige Zerstörung vor, unglaublich viel Schlamm und verzweifelte Menschen, die alles verloren hatten. Bewegende Schicksale waren da zu hören. Viele Anwohner hatten ein Familienmitglied oder einen Bekannten in den Fluten verloren. Die Leute schilderten, dass sie in den ersten Tagen völlig auf sich allein angewiesen waren. Alles war chaotisch, einen Einsatzbefehl für THW und Feuerwehr schien es nicht gegeben zu haben. Schnell nahm aber beispielsweise der ASB aus der Süd-Pfalz noch in der Nacht vom Tag 1 der Flut vor Ort Kontakt auf. Er baute seine Einsatzzentrale in Heimersheim am Tag 2 der Flut auf, um die medizinische Versorgung zu organisieren. Der ASB hatte einfach, auch ohne Einsatzbefehl, vor Ort sehr schnelle Hilfe geleistet.“ Günter Brötzmann und seine Mitstreiter halfen bei der Koordinierung der Hilfstransporte und bei der Verteilung der Hilfsgüter. Was sie in Bad Ahrweiler erlebt haben, werden sie nie vergessen. Und auch der nächste Hilfstransport ist schon geplant. „Wir sind dort noch lange nicht fertig.“

Günter Brötzmann und Grit Wolkowicz

Achtsamkeit bedeutet Solidarität & Zusammenhalt

#Freiheit

Freiheit wird aus Mut gemacht!

Dr. Christoph Heinritz-Bechtel

Direktkandidat Zwickau,
Spitzenkandidat Sachsen (Listenplatz 1)

Grundrechte gelten auch in Krisenzeiten

dieBasis

Basisdemokratische Partei Deutschland
Landesverband Sachsen

Jede Bürgerin, jeder Büger ist systemrelevant

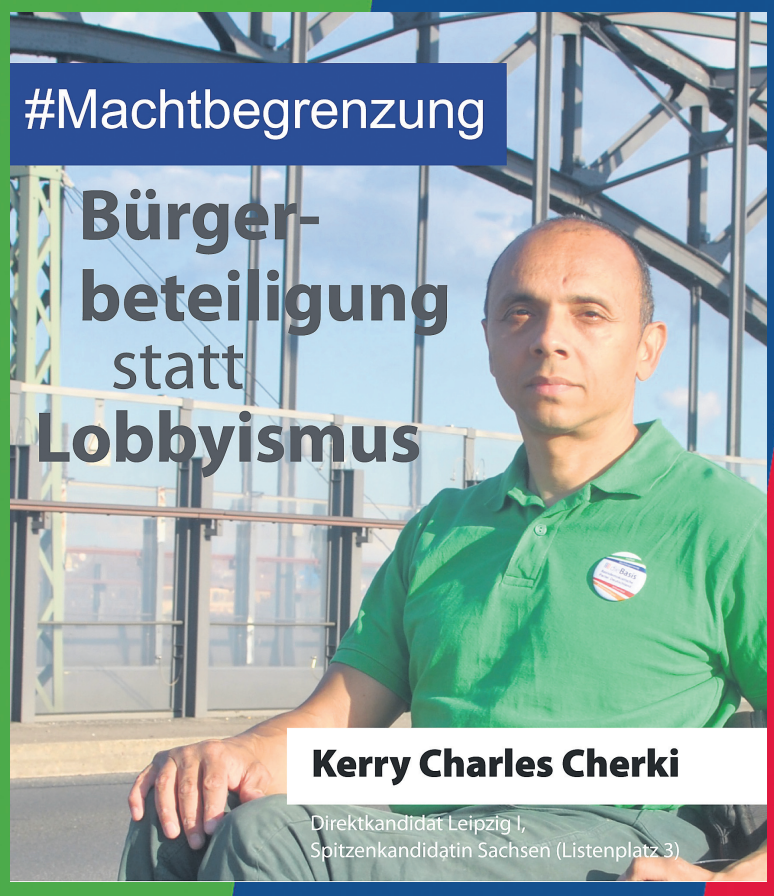
#Achtsamkeit

Ein neues Wir!

Anke Althoff

Direktkandidatin Dresden II und Bautzen II,
Spitzenkandidatin Sachsen (Listenplatz 2)

#Machtbegrenzung



Bürger-beteiligung statt Lobbyismus

Kerry Charles Cherki

Direktkandidat Leipzig I,
Spitzenkandidatin Sachsen (Listenplatz 3)

Machtstrukturen durchbrechen & kontrollieren

Basisdemokratie heißt Selbstbestimmung

#Schwarmintelligenz

Wählen und deine Stimme behalten!

Stefan Heinke

Direktkandidat Görlitz,
Spitzenkandidatin Sachsen (Listenplatz 4)